

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M. Im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 22 Pf. Postbefreiungsgeldern. Auslandabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Sonderausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Woll und Seid“ und „Kinderfreund“, „Jahresunterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Licht“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Komparativsetzung 20 Pfennig, Reklameteile 3.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 25 Pfennig (wichtig zwei gedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Bestellgeld des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Fernbest 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Neugliederung im Westen.

Die Reform des rheinisch-westfälischen Industriegebiets.

Der Preussische Landtag verabschiedete am Montag in zweiter Lesung die große Umgemeindungs-Vorlage für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Der Entwurf ist die umfangreichste gesetzgeberische Maßnahme auf dem Gebiete der kommunalen Grenzberichtigungen, die das Parlament bisher beschäftigt hat. Es handelt sich dabei nicht um gelegentliche Eingemeindungen einzelner oder mehrerer Gemeinden in eine benachbarte Stadt, die Vorlage bedeutet vielmehr die bewusste kommunalpolitische Neugliederung eines großen Gebietes mit rund 6,3 Millionen Einwohnern, die infolge einer rapiden wirtschaftlichen Entwicklung in städtebaulicher, verkehrstechnischer und wohnungshygienischer Hinsicht unerträglich gewordene Mißstände aufweist. Der Ausschuss hat eine umfangreiche Vorarbeit leisten müssen, um die Vorlage an den Landtag zu bringen. Die Vertreter der kommunalen Körperschaften des Umgemeindungsgebietes wohnten auf den dichtbesetzten Tribünen der Verhandlung bei.

Die Vorlage weist drei Hauptgesichtspunkte auf: Schaffung von Wohn- und Siedlungsgelände für die überbevölkerten Großstädte, Bildung leistungsfähiger Verwaltungsbezirke zur Durchführung dringend notwendiger verkehrstechnischer und sozialer Aufgaben, Vereinfachung des gesamten Verwaltungssystems durch die Vereinigung wirtschaftlich zusammengehöriger Städte und Landkreise. Die Vorlage steht in manchen Fällen Zusammenlegungen vor, die auf den ersten Blick als hart erscheinen, die aber im Hinblick auf die Durchführung des Grundgedankens der Vorlage geboten sind.

Selbstverständlich ist es nicht möglich gewesen, alle Wünsche der Bevölkerung in den einzelnen Gebietsteilen zu berücksichtigen.

Die wichtigsten Veränderungen, die durch die kommunale Neugliederung im Industriebezirk eintreten, sind die Vereinigung von Barmen und Elberfeld, und die Zusammenlegung von fünf Städten des Bergischen Landes: Solingen, Höhscheidt, Ohligs, Gräfrath und Wald. Ebenso werden vereinigt Hamborn mit Duisburg. Die Zusammenlegung von M.-Gladbach mit Rhendt fand leider keine Mehrheit. Eine ganze Reihe von Landkreisen sollen ganz aufgelöst und ihre Gebiete den benachbarten Großstädten zugeteilt oder mit anderen Restkreisen zu neuen, großen Landkreisen zusammengelegt werden. So der Landkreis Hörde, der bis auf einen Rest, der mit dem Landkreis Iserlohn vereinigt wird, in die Stadt Dortmund aufgeht. Land- und Stadtkreis Bochum und Landkreis Hattin- gen werden mit dem Landkreis Schwelm und dem Rest des Landkreises Hagen zu einem neuen Ennepe-Ruhrkreis zusammengelegt. Der Rest des Landkreises Lennep, von dem der größte Teil der neuen Wupperstadt (Elberfeld-Barmen) und der Stadt Remscheid zugeteilt wird, soll mit dem Restkreis Solingen zu einem neuen Südkreis vereinigt werden.

Auch der Landkreis Essen geht bis auf Kettwig in die Großstadt Essen auf. Kettwig wird mit den Resten der Landkreise Kettmann und Düsseldorf zum neuen Nordkreis zusammengeschlossen.

Interessant ist auch die Zusammenlegung von folgenden Städten im Gebiet der Gute-Hoffnungshütte: Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld werden künftig ein Stadtgebilde sein. Die Städte Mülheim (Ruhr), Duisburg-Hamborn, Düsseldorf und Barmen-Elberfeld werden durch erhebliche Zuteilungen aus den Landkreisen Düsseldorf und Kettmann vergrößert. Linksrheinisch werden aus den bisherigen Landkreisen Reuß, Grevenbroich, M.-Gladbach, Krefeld zwei neue Landkreise gemacht, der Süd- und Nordkreis linksrheinisch. Die Landkreise Geldern, Cleve und Mörs bleiben im wesentlichen unverändert; eine von Duisburg gewünschte Zuteilung von einigen Orten aus dem Landkreis Mörs fand keine Mehrheit.

Im Regierungsbezirk Münster beschränkten sich die Änderungen auf eine kleine Zuteilung aus dem Landkreis Recklinghausen an Gelsenkirchen-Buer und einige Grenzberichtigungen zwischen Recklinghausen-Stadt und -Land.

Nach den Ausschussbeschlüssen ist die Regierungsvorlage nur wenig verändert worden. Es ist anzunehmen, daß sie in ihren Grundzügen auch die dritte Lesung passieren wird. Für die betroffenen Städte und Kreise wird es intensiver Arbeit bedürfen, nunmehr die notwendigen Verwaltungsarbeiten so zu beschleunigen, daß im Herbst die Neuwahlen zu den kommunalen Körperschaften stattfinden können.

Termin der Kommunalwahlen.

Voraussichtlich der 17. November.

In der demokratischen Presse wurde gestern abend gemeldet, daß der Termin für die Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung und für die preussischen Gemeindevahlen auf den 17. November festgesetzt sei.

Diese Meldung eilt den Tatsachen voraus. Die preussische Staatsregierung wird erst nach der Verabschiedung der Umgemeindungs-Vorlage endgültig über den Termin Beschluß fassen, jedoch ist der 17. November in Aussicht genommen.

Die Frage nach dem Wahltermin für die Kommunalwahlen in Preußen wird seit mehr als zwei Jahren allgemein diskutiert. Zum letztenmal wurden die Gemeindeparlamente im Mai 1924 neu gewählt. Seitdem sind sie in Tätigkeit, und der Zeitpunkt der Neuwahlen ist infolge der verschiedensten Gründe immer aufs neue hinausgeschoben worden. In der Preussischen Verfassung fehlt nämlich eine der wichtigsten und zweckmäßigsten Bestimmungen, die Festsetzung der Lebensdauer der Kommunalvertretungen. Der Preussische Landtag hat infolge dieses Fehlens einer festen Zeitspanne die Verpflichtung, durch Gesetz die Neuwahlen zu regeln. Leider hat er das bisher nicht getan. Versuche der preussischen Regierung sind wiederholt fehlergeblieben. Heute kann man ohne Ueberreibung feststellen, daß im übergroßen Teil der preussischen Gemeinden eine Ueberalterung der gewählten Körperschaften bemerkbar wird, die dringend zu Neuwahlen Veranlassung geben sollte.

Immer wieder haben sich Hindernisse aufgetürmt, die

einer Ausschreibung der Wahlen den Weg versperreten. Einmal war es die Eingemeindung der Gutsbezirke, die in Preußen eine kurzfristige Hinausschiebung des Zeitpunktes wünschenswert erscheinen ließ und deshalb vom Ministerium selbst begründet wurde. Obgleich allgemein auf Grund langjähriger Erfahrung die Auffassung vertreten wird, daß die Gemeindeparlamente eine vierjährige Wahlperiode haben sollen, die man auf keinen Fall überschreiten will, ist doch alles anders gekommen.

Zentrum und Deutsche Volkspartei haben mehrfach mit den verschiedensten Begründungen diesen ihren eigenen Standpunkt ausgegeben und gegen den Wunsch der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen den Wahltermin hinausgezögert. Wenn wir richtig informiert sind, haben sie dabei die Unterstützung der Geheimräte aus den höheren Verwaltungsbehörden gehabt, obgleich im Herbst die in Frage kommenden Körperschaften fünfzehn Jahre im Amte sind und durch die ganze Tätigkeit den Beweis erbringen, daß ihre Erneuerung keinen Aufschub mehr verträgt. Abgesehen von den Hemmungen in der Arbeit macht sich bei allen Verhandlungen und öffentlichen Sitzungen die seit Jahr und Tag vorhandene Rücksichtnahme auf die bevorstehenden Wahlen bemerkbar. Dazu kommt die Tatsache, daß die heutige politische Zusammenfassung in den meisten Fällen kraft der wirklichen Stimmung in der Bevölkerung widerspricht und dadurch ein Zustand herausbeschworen wird, der zur Berärgerung führt. Große Teile der Wählerschaft haben im Laufe der letzten fünf Jahre ihre Einstellung zu den Magistraten und Gemeindeauschüssen grundlegend geändert und stehen heute zu den ausführenden Organen der Kommunen in Widerspruch.

Deutschland und die Konferenz.

Ein Interview Stresemanns.

Reichsminister Dr. Stresemann, der sich zurzeit zum Kuraufenthalt in Bühlerhöhe bei Baden-Baden befindet, empfing den bekannten Außenpolitiker des Matin, Jules Sauerwein, und gewährte ihm nachstehendes Interview:

„Ich habe den Eindruck, daß schon recht viel Zeit auf die rein formalen Vorfragen der Einberufung der Regierungskonferenz verwendet worden ist. Die Weltöffentlichkeit kann es nicht gerade als einen glücklichen Auftakt zu dieser Konferenz empfinden, wenn die Ansichten über Ort und Zeit noch immer hin und her gehen. Ich hoffe daher, daß diese Diskussion, die angesichts der Wichtigkeit der zu regelnden Probleme doch nur von untergeordneter Bedeutung ist, nunmehr schnell zum Abschluß gelangt.“

Jedenfalls bin ich der Ansicht, daß wir vor Aufgaben stehen, die die höchsten Lebensinteressen der Völker berühren, und da scheint es mir nicht gut, die starke politische Spannung, unter der in den einzelnen Ländern Öffentlichkeit und Parlamente nun schon seit mehr als einem halben Jahre stehen, ohne Not zu verlängern. Auch die Wirtschaft hat einen Anspruch darauf, daß die Unsicherheit von ihr genommen und daß sie in die Lage versetzt wird, neue Aktivitäten zu entwickeln.“

Ich halte es deshalb auch nicht für zweckmäßig, die Regierungsvorhandlungen in mehrere Etappen zu zerlegen, wozu nach Zeitungsmitteilungen an manchen Stellen anscheinend Neigung besteht.

Das würde die herrschende Spannung noch weiter steigern und für jedes der beteiligten Länder Gefahren außenpolitischer und innenpolitischer Art in sich schließen.

Sie kennen Sinn und Richtung der von mir vertretenen deutschen Außenpolitik zu gut, als daß ich Ihnen darzulegen brauchte, warum ich in der bevorstehenden Konferenz einen entscheidenden Punkt für die gesamte Gestaltung der internationalen Beziehungen sehe. Es ist jetzt der Augenblick gekommen, aus der politischen Entwicklung der letzten Jahre das Fazit zu ziehen. Dieses Fazit ist durch die Lage der Dinge so genau vorgezeichnet, daß darüber tiefgehende Reinigungsverschiedenheiten nicht möglich sein sollten.

Die hauptbeteiligten Regierungen haben die Reparationsfrage zunächst in die Hände der Sachverständigen gelegt und sind nun im Besitz der von ihnen einstimmig beschlossenen Vorschläge. Niemand konnte erwarten, daß diese Vorschläge in Deutschland von Regierung und Parlament mit Jubel begrüßt werden würden.

Die ersten Bedenken, die in Deutschland gegen die Beweissung unserer künftigen Lasten laut geworden sind, können nur als ein Beweis dafür verstanden werden, daß wir es mit der Durchführung unserer finanziellen Verpflichtungen ernst nehmen.

Nur ein Schuldner, dem es lediglich auf augenblickliche und vorübergehende Erleichterung ankommt, wird geneigt sein, über den Gesamtbetrag der ihm auf lange Dauer auferlegten Lasten leicht hinwegzugehen. Die Worte, die ich in dieser Beziehung während der letzten Reichstagsdebatte gesagt habe, sind auf Grund einer völlig entstellten Berichterstattung, namentlich der Havastorespondenz, dazu benutzt worden, um meine Einstellung gegenüber dem Young-Plan zu kritisieren. Es ist leider nicht das erste Mal, daß eine außenpolitische Rede, die ich halte, in entscheidenden Teilen so wiedergegeben wird, daß ich eine solche Art der Berichterstattung nur als leichtfertig ansehen kann. Man kann die Haltung, die die Reichsregierung und die überwiegende Mehrheit des Reichstags gegenüber dem Plan einnehmen, nicht besser zum Ausdruck bringen, als Herr Reichsbankpräsident Schacht selbst dies neulich in München getan hat. Er hat gesagt:

„Der Umstand, daß die deutschen Sachverständigen sich dem Urteil der übrigen Konferenzmitglieder über die wirtschaftliche Tragbarkeit der Young-Annulläten nicht hätten anschließen können, entblende uns und alle verantwortlichen Stellen in Deutschland nicht von der Verpflichtung, in ehrlichster Weise und mit erstem Nachdruck alle Bemühungen darauf zu richten, die Zahlungen aus dem Young-Plan zu erfüllen.“

Es ist klar, und auch der Herr Schacht hat das an dieser Stelle seiner Rede betont, daß der Erfolg unserer Bemühungen um Erfüllung des Sachverständigenplans nicht allein von uns abhängen wird. Er wird davon abhängen, ob die internationale Zusammenarbeit die anderen Mächte zu einer Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland führt, die eine Steigerung des deutschen Exports zuläßt. Es wird ferner aber davon abhängen, daß der Young-Plan uns in der politischen Entwicklung einen Schritt vorwärts bringt. Wir können die Regelung der Reparationen auf der Grundlage des Young-Plans nicht als ein isoliert zu behandelndes Problem ansehen.

Das, was wir als Aufgabe der Konferenz betrachten, ist vielmehr neben der Regelung der Reparationen die Regelung derjenigen politischen Fragen aus dem Weltkrieg, die seit langem akut sind, bisher aber leider nicht zu einer Lösung gebracht werden konnten.

Das ist der Inhalt des bekannten Beschlusses, in dem das Reichskabinett zu dem Sachverständigenbericht Stellung genommen hat. Jeder weiß, daß wir damit die Regelung der Rheinlands- und der Saarfrage gemeint haben. Die letzte Reichstagsdebatte hat der Öffentlichkeit auch gezeigt, daß in diesem Punkte das Parlament geschlossen hinter der Regierung steht. Ich möchte Ihnen nicht noch einmal den von der Regierung und dem Reichstag stets

Verhinderter Putsch in Rumänien.

200 Offiziere verhaftet.

Bukarest, 8. Juli (ZU.).

Der rumänischen Regierung war es seit einiger Zeit bekannt, daß gewisse Militärkreise einen Staatsstreich beabsichtigten. Um diese Kreise einzuschüchtern, sprach Ministerpräsident Maniu in seiner Rede am Freitag davon, daß jeder, der die verfassungsmäßigen Zustände des Landes nicht respektierte, auf die ehrener Gewalt des Staates stoßen werde. In der Nacht auf Montag sollte der Staatsstreich verübt werden. Der ehemalige Kriegsminister und Hofmarschall Angelescu war als Ministerpräsident ausersehen. Die Regierung hat jedoch schneller zugeschlagen und noch im Laufe dieser Nacht und am Montag vormittag zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Bis jetzt sind etwa 200 Offiziere und Reserveoffiziere ins Militärgefängnis eingeliefert worden. Darunter befinden sich u. a. General Proscianu, Oberst Sturdza, Oberst Stoica sowie zahlreiche andere hohe Offiziere. General Angelescu, der Leiter der Bewegung, ist vorläufig mit Hausarrest bestraft worden. Die Regierung ist Herrin der Lage. Im ganzen Lande herrscht Ruhe.

Bratianu als Drahtzieher?

Bukarest, 8. Juli.

Wie bereits gemeldet, ist es der Presse verboten, über die Ereignisse in Bukarest zu schreiben. Die „Epoca“, die trotzdem eine kurze Meldung über die Verhaftungen brachte, ist deshalb be-

schlagnahmt worden. Der „Adeverul“ bringt am Montag folgende bezeichnende Stelle:

„Seit der Zeit, als Vintila Bratianu seine Kampagne begann, haben sich Dinge ereignet, die von besonderer Wichtigkeit sind, und die sogar den Verblendeisten die elementaren Aufgaben in Erinnerung rufen müssen, die die Regierungsparteien zu erfüllen haben und die auf der Ueberzeugung aufgebaut sind, daß in Rumänien die Durchführung des parlamentarischen Verfassungszustandes unerlässlich ist. Als Ministerpräsident Maniu am Freitag in der Kammer gesprochen hatte, war es da nicht unglücklich, wenn Duca, der frühere liberale Innenminister, an ihn die Frage stellte: „Mit wem kämpft ihr eigentlich, und wen bedroht ihr?“ Herr Duca kann damit entschuldigt werden, daß er damals von nichts wußte. Diesen Entschuldigungsgrund kann Herr Bratianu nicht für sich fordern, jedenfalls kann heute niemand, weder der eine noch der andere, Unkenntnis oder Nichtbedachtbarkeit vortäuschen.“

Von niemand bemerkt, nimmt damit der „Adeverul“ klare Stellung zu den heutigen Ereignissen und läßt durchblicken, daß der ehemalige Ministerpräsident Bratianu von den Diktaturabsichten gewisser Offizierkreise informiert war. Damit im Zusammenhang steht auch das Gerücht, wonach der ehemalige Kriegsminister in der Regierung Bratianu und jetzige Generalinspektor der Armee, General Mardarescu, ebenfalls an dem Diktaturkomplott beteiligt sein soll. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes war jedoch nicht zu erlangen.

einmütig angenommenen Standpunkt wiederholen und begründen, daß Deutschland einen Anspruch auf endliche Befreiung seines Staatsgebietes und auf volle Wiederherstellung seiner Souveränität hat. Wir haben stets betont und halten auch jetzt noch daran fest, daß wir die Erfüllung dieses Anspruchs unabhängig von der Regelung anderer Probleme fordern dürfen. Nachdem sich aber die uns gegenüberstehenden fremden Regierungen ihrerseits zu einer Erfüllung jener deutschen Forderungen vor der Regelung der Reparationsfrage nicht bereit gefunden haben, ist es für Deutschland eine Selbstverständlichkeit, daß ihm jetzt umgekehrt nicht zugemutet werden kann, bei der Regelung der Reparationsfrage auf die Berücksichtigung jener längst erhobenen politischen Forderungen zu verzichten.

Ich kann es nicht verstehen, daß man es im Ausland teilweise als Ueberraschung empfunden hat, wenn Deutschland neben der oben genannten Räumung des Rheinlandes jetzt auch die Saarfrage aufwirft.

Wenn die Konferenz wirklich eine Gesamtliquidation der noch aus dem Kriege schwebenden Fragen bringen soll, kann sie keinesfalls an der Saarfrage vorbeigehen.

Man darf sich keinen Täuschungen darüber hingeben, daß das Saargebiet unter dem jetzt geltenden Sonderregime nicht etwa eine Brücke zwischen Deutschland und Frankreich, sondern im Gegenteil eine Reibungsfläche darstellt, die durch Befreiung des Rheinlandes ihre Gefahr nicht verlieren wird. Es ist doch auch nicht richtig, den unmittelbaren sachlichen Zusammenhang zwischen der Saarfrage und der Reparationsfrage zu leugnen; denn das gegenwärtige Sonderregime des Saargebietes hat nach dem Vertrag von Versailles sein eigentliches Motiv darin, Frankreich einen Ersatz für die Zerstörung seiner Kohlengruben zu sichern. Man kann deshalb nicht verkennen, daß das Saargebiet gegenwärtig in erster Linie Reparationsprovinz ist. Ich möchte daher hoffen, daß sich auch die anderen Regierungen, insbesondere die französische Regierung, von der Notwendigkeit der Inangriffnahme des Saarproblems überzeugen werden. Es ist nicht notwendig, daß das Problem auf der bevorstehenden Regierungskonferenz schon in allen seinen Einzelheiten endgültig geregelt wird. Wenn sich deutsche und französische Vertreter mit gutem Willen an den Verhandlungen setzen, so braucht eine alle Teile befriedigende Lösung durchaus nicht auf große Schwierigkeiten zu stoßen, da eine Erfüllung der deutschen Wünsche vollständig eine Berücksichtigung der legitimen französischen Interessen zuläßt. Keinesfalls sollte man die Inangriffnahme des Problems an Bedenken formaler Natur scheitern lassen. Es kommt allein auf den politischen Willen an, an das Problem überhaupt heranzugehen. Ist dieser Wille da, so wird die Form der zu treffenden Vereinbarung keine Schwierigkeiten machen.

Frankreich lehnt London weiter ab.

Frankreichs Antwort auf die letzte englische Note wird, wie Havas offiziös meldet, sich mit dem Termin von Anfang August einverstanden erklären, dagegen in bezug auf einen neutralen Tagungsort festbleiben.

Hinsichtlich des Verfahrens wird die Antwortnote vorschlagen, daß auf der Konferenz separate Organismen gleichzeitig über Reparationen, Vergleichskommission und Rheinlandräumung verhandeln.

Der Kampf um die Außenpolitik.

Pariser Kommissionen bereiten die Kammerdiskussion vor.

Paris, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Die lang erwartete Debatte in der französischen Kammer über die Ratifikation der Schuldenabkommen, den Young-Plan und wahrscheinlich auch die Rheinlandräumung wird nunmehr, wenn nicht in letzter Stunde eine Verschiebung eintritt — am Donnerstag nachmittag beginnen.

Inzwischen bereiten sich die Finanzkommission und die auswärtige Kommission fieberhaft auf die kommenden Entscheidungen vor. In der Finanzkommission wird der neu ernannte Berichterstatter über die Schuldenabkommen, De Chappedeleine, bereits am Dienstag seinen Bericht vortragen. In ihm wird entsprechend den Wünschen der Kommission die Aufnahme der Vorbehalte in das Ermächtigungsgesetz selbst empfohlen.

Unter allen Umständen — Räumung!

Vor oder mit Reparationsregelung.

London, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Der englische Außenminister erwiderte am Montag im Unterhaus auf eine Anfrage über die Frage der Räumung des Rheinlandes: „Die britische Regierung ist ängstlich darauf bedacht, daß die Räumung so früh wie möglich stattfindet. Ihr Ziel ist, mit der belgischen und französischen Regierung zusammenzuarbeiten, um eine gleichzeitige Räumung zu ermöglichen. Es würde eine Aufgabe der internationalen Konferenz sein, die bald zusammenzutreten soll, das genaue Datum festzustellen, an dem die vollständige Räumung des Rheinlandes gleichzeitig von den drei Befehlsmächten ausgeführt werden kann.“

Der liberale Abgeordnete Horre-Belisha fragte den Außenminister: „Ist die Frage der Rheinlandräumung nicht mit der Reparationsfrage verknüpft?“ Henderson antwortete: „Ja, bis zu einem gewissen Grade; wenigstens ist diese Verbindung beim Young-Plan hergestellt worden, der der von mir früher erwähnten Konferenz zugrunde liegen wird.“ Als der Abgeordnete Horre-Belisha hierauf eine eindeutige Erklärung forderte und fragte, ob diese Antwort bedeute, daß das Rheinland nicht eher geräumt werden würde, bis die Reparationsfrage geregelt sei, antwortete Henderson mit nachdrücklicher und unmissverständlicher Betonung: „O nein, es wäre ein großes Mißverständnis, zu einem derartigen Schluß zu kommen.“

Der Wahlrechtskampf in England.

London, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Die in der Thronrede angekündigte Untersuchung über die Wahlrechtsreform war am Montag Gegenstand einer neuen Aussprache zwischen dem Ministerpräsidenten MacDonald, dem konservativen Führer Baldwin und dem Führer der Liberalen Lloyd George. Die Aussprache bezog sich auf den Inhalt der Untersuchung, die Art der Enquete und die Verlässlichkeit des Berichtenden. Die Offenheit hat bisher immer noch keine Klarheit darüber, ob die von der Regierung geplante Wahlrechtsreform lediglich auf eine Befreiung der Pluralstimmen und der Unioersitätsfrage abzielt, oder ob eine weitgehende Reform, die etwa die Einführung von Stichwahlen oder dergleichen geplant sind.

Hitler wieder für Büniger!

Nachdem er bei den Margisten abgeblitzt ist.

München, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Jetzt endlich, nachdem Adolf Hitler persönlich die inneren Verhältnisse seiner sächsischen Filiale untersucht und Rücksprache mit den ehemaligen Marineoffizieren von Müde und Rüdiger, die in Sachsen die Hakenkreuzpolitik machen geprüfungen hat, findet der „Völkische Beobachter“ die Sprache zu dem kompromittierenden Müde-Brief.

Die Dienstagnummer des Blattes enthält einmal eine lange Erklärung Hitlers, aus der hervorgeht, daß Müde seinen Brief tatsächlich „nach erfolgter Verständigung mit der nationalsozialistischen Reichsleitung“, also Hitlers selbst, an die sozialdemokratische und kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages geschrieben hat. Das soll angeblich aber nur deswegen geschehen sein, um aus den beiden margistischen Parteien eine Abspaltung herauszubringen, wie das Schicksal der nationalsozialistischen Bewegung wäre, wenn statt der bürgerlichen eine margistische Regierung ans Ruder käme.

Ueber diese kindliche Ausrede wird das homerische Gelächter, das bei Bekanntwerden des Müde-Briefes in der ganzen politischen Welt ausbrach, von neuem anheben, denn es zeigt den Bernegraph-Politiker Hitler in seiner ganzen lächerlichen Größe. Seinem Verger über die Abfuhr, die die nationalsozialistische Reichsleitung durch die Antworten auf den Müde-Brief bereits erlitten hat, macht Hitler dadurch Luft, daß er sich jetzt offen für die Duldung der Regierung Büniger erklärt, und zwar mit folgender Begründung:

„So widerlich im einzelnen die bürgerlichen Parteien sein werden, so eitelhaft ihr Beschlebe um Ministerstellen auch ist, so sicher

sind sie trotzdem für die nationalsozialistische Bewegung das Kleinere Übel.“

Schließlich kommt im „Völkischen Beobachter“ noch Klinger, der Ratzführer im Sächsischen Landtag zu Wort, um die Unterstützung der Regierung Büniger zu verteidigen. Er erklärt das für notwendig, weil sonst die Große Koalition in Sachsen gekommen wäre oder noch kommen würde. Außerdem sei bei der Bildung dieser rein antimargistischen Regierung den nationalsozialistischen Wünschen, daß kein Demokrat das Innenministerium oder das Kultusministerium besetzen werde, entsprochen und außerdem die Gewähr gegeben worden, daß auch die weiteren Forderungen erfüllt werden. Klinger bestätigt weiter, daß die Nationalsozialisten, sofern sie zur Befreiung des Innenministeriums aufgefordert worden wären, den Münchener Hochverräter Friedl präsentiert hätten. Anschließend spielt Klinger noch den starken Mann und hält der geduldeten Regierung Büniger folgende Drohung unter die Nase:

„Sollte unter der jetzigen Regierung, falls sie den Dienstag übersteht, zum Beispiel ein Beamter oder Lehrer von seiner oberen Dienststelle schikaniert werden, weil er sich zum Hakenkreuz bekennt, dann rüde ich dem zuständigen Minister auf die Bude und erkläre, das sind Tatsachen, wenn nicht binnen 24 Stunden von ihnen Abhilfe geschaffen ist, fliegt morgen die Regierung auf.“

Unter diesen Umständen kann man nicht anders, als dem völkisch-parteilichen Ministerpräsidenten Dr. Büniger ebenso aufrichtig wie herzlich zu gratulieren.

Vorwärts in der Handelspolitik.

Das Kabinett berät neue Richtlinien.

Die letzten agrarpolitischen Beschlüsse des Reichstags haben teilweise in den deutschen Handelsverträgen verwüstend gewirkt. Der deutsch-schwedische Vertrag ist gekündigt, der deutsch-finnländische durchlöcher, der deutsch-französische abgeändert. Auf fast sämtliche deutschen Handelsverträge haben die agrarpolitischen Reichstagsbeschlüsse selbstverständlich eine starke Einwirkung gehabt. Auf der anderen Seite ist ein Teil der wirtschaftspolitischen Forderungen der Landwirtschaft erfüllt worden und der Reichslandbund schreibt selbst in seinem letzten Wochenheft mit Befriedigung davon, daß sich in der deutschen Wirtschaftspolitik zugunsten der Landwirtschaft eine grundsätzliche Aenderung vollzogen habe. So bedauerlich und gefährlich das auch hinsichtlich der Handelsverträge ist und unter Umständen für die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik noch werden kann, so sind doch Forderungen der Landwirtschaft weitgehend befriedigt worden.

Ueber die formelle Notwendigkeit hinaus, die Handelsverträge der neuen Situation anzupassen, scheint das Reichskabinett, nachdem die Landwirtschaft befriedigt wurde, den Augenblick für eine aktivere Handelsvertragspolitik für gekommen zu erachten. Auch die Industrie, die jetzt, privat und für die Regierung unverbündelt, mit polnischen Vertretern verhandelt, scheint ihre handelspolitische Aktivität erhöht zu haben. Jedenfalls beschäftigt sich das Kabinett mit neuen Richtlinien für die Zollverhandlungen, wobei auch die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen mit einbezogen wurden.

Jedenfalls, es ist allerhöchste Zeit, daß die Verantwortlichen für die deutsche Handelspolitik beweisen, daß sie auch etwas zustandebringen vermögen. Das gilt nicht nur gegenüber Polen, sondern auch gegenüber der Tschechoslowakei und gegenüber Oesterreich.

Der Beschluß des Kabinetts.

Hermes führt die Verhandlungen mit Polen weiter.

Amlich wird mitgeteilt: „Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag mit den Vorarbeiten, die für die Einsetzung der gemäß dem Young-Plan vorgesehenen Organisationskomitees notwendig geworden sind. Es wurde ferner die Frage erörtert, auf Grund welcher der Reichsminister a. D. Hermes die Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag demnächst in Warschau wieder aufnehmen soll.“ Hermes wird also nicht eretzt!

Wels oder Löbe?

Die Lüge ohne Konsequenz.

In der kommunistischen Presse war kürzlich ein Interview veröffentlicht, das angeblich Genosse Wels gehabt haben soll. Es durchlief unter dem Titel „Wels spricht mit einem Jungarbeiter“ die kommunistische Provinzpresse. Daß an dieser angeblichen Unterredung auch nicht ein wahres Wort ist, versteht sich am Rande.

Bezeichnend jedoch für die kommunistische Berichterstattungsobjektivität ist, daß in der „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung“, Stuttgart (APD), am 20. Juni das wortwörtlich gleiche Interview veröffentlicht wurde, in dieser Zeitung aber unter dem Titel „Löbe spricht mit einem Jungarbeiter“.

Man sieht, die Wahrheitsliebe der APD-Presse ist grenzenlos.

Die Verlegenheit Klara Zetkin.

Die kommunistische Zentrale verlegt sich aufs Dementieren

Von kommunistischer Seite werden die Meldungen über Ausschlußvorbereitungen gegen Klara Zetkin dementiert. Ein Rundschreiben des Zentralkomitees, in dem „der Partei Mitteilungen über Differenzen mit Klara Zetkin gemacht“ worden sind, sei bisher nicht veröffentlicht worden. Gewiß, die Mitglieder der APD sind bis heute von der Parteileitung über die Meinungsverschiedenheiten Klara Zetkins mit Stalin und den Komintern nicht unterrichtet worden. Aber will die kommunistische Presse auch die Existenz eines geheimen, nur für die Pol.-Sekretäre der einzelnen Bezirke bestimmten Rundschreibens leugnen, in welchem Klara Zetkin „sozialdemokratische Auffassungen“ und die Absicht nachgefragt werden, ihren Aufenthalt in Deutschland nicht zu kur-, sondern zu fraktionszwecken zu benutzen? In dem Rundschreiben wird ferner darauf verwiesen, daß Klara Zetkin „der Bewegung verloren“ sei und ausdrücklich Anweisung gegeben, wie der Fall Klara Zetkin ohne Schaden für die APD liquidiert werden soll!

Staatsmonopol für Bodenschätze und Zentrum. In unserer Sonntagsausgabe berichteten wir über die Annahme eines Gesetzes im Preussischen Landtag, das dem Staate das alleinige Aneignungsrecht für Steinkohle, Erdöl usw. in den Provinzen Brandenburg, Sachsen usw. vorbehält. Wie wir hierzu noch ergänzen haben für den sozialdemokratischen Antrag, der die Entschädigung der Grundeigentümer wesentlich einschränkt und namentlich den mühseligen Wertzuwachs ausschließt, außer der Linken auch einige Zentrumsabgeordnete unter Führung des christlichen Gewerkschafters Horst gestimmt.

Fememörder verhaftet.

Oberleutnant a. D. Edermann in das Schweriner Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Schwetzn, 8. Juli. (B.Z.)

Wie wir vom Oberstaatsanwalt in Schwerin erfahren, ist Oberleutnant a. D. Edermann jetzt aus Guatemala in Deutschland eingetroffen und am Sonntag ins Schweriner Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Oberleutnant Edermann wurde als Kuffler bez. wegen Fememordes zum Tode verurteilten Soldat gesucht. Er hatte sich seiner Verhaftung durch die Flucht nach Mittelamerika entzogen. Auf Grund eines Stiefbriefes wurde er zunächst in Mexiko verhaftet, konnte aber wegen der dort bestehenden Befehle nicht an Deutschland ausgeliefert werden. Edermann wandte sich von Mexiko nach Guatemala und war dort auf einer Farm tätig. Den Bemühungen des deutschen Auswärtigen Amtes ist es dann gelungen, die Auslieferung Edermanns bei der Regierung in Guatemala durchzusetzen.

Der Oberstaatsanwalt teilt weiter mit, daß es nach § 57 der mecklenburgischen Landesverfassung möglich ist, das gegen Edermann schwebende Verfahren mit Zustimmung des mecklenburgischen Landtages auf dem Gnadenwege niederzuschlagen; da er noch nicht in einem ordentlichen Strafverfahren verurteilt wurde.

Die Mitteilung des Oberstaatsanwalts in diesem Stadium klingt sonderbar. Sie läßt erkennen, daß der Staatsanwaltschaft an einem Verfahren nichts gelegen ist.

Man kann nicht umhin, diese Mitteilung in Zusammenhang zu bringen mit den Verhandlungen, die gegenwärtig in Mecklenburg über die Bildung einer Bürgerblockregierung mit Hilfe der Nationalisten geführt werden.

Eine der Bedingungen der Nationalsozialisten für ihre Unterstützung einer Rechtsregierung ist die Freilassung der Fememörder. Der Oberstaatsanwalt scheint diese Mitteilung aus einer gewissen politischen Besorgnis in die Welt gesetzt zu haben.

Die Entschädigung für Haas.

Was ein unfähiger Untersuchungsrichter den Staat kostet.

Magdeburg, 8. Juli.

Der Magdeburger Fabrikant Rudolf Haas, der vor etwa drei Jahren im Zusammenhang mit der Ermordung des Buchhalters Helling zu Unrecht verhaftet und längere Zeit in Untersuchungshaft festgehalten worden war, hatte bekanntlich eine Entschädigungsforderung beim preussischen Innenministerium geltend gemacht. Das Recht auf Entschädigung wurde ihm auch im Laufe des Prozesses gegen den wirklichen Mörder Richard Schröder vom Gericht zugesprochen. Nach nahezu dreijähriger Verhandlung ist jetzt zwischen den Beteiligten eine Einigung über die Höhe der Entschädigung erzielt worden. Sie beläuft sich auf 70 000 M.

Das Sperrgesetz.

Der Reichspräsident hat unterzeichnet.

Reichspräsident v. Hindenburg hat am Sonnabend abend das sogenannte Sperrgesetz, das die Aussetzung von Straftaten über die Renten der Standesherren anordnet, unterzeichnet. Das Gesetz ist bereits im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und hat damit Rechtskraft erhalten. Der Reichspräsident hat die Frage des verfassungsmäßigen Zustandekommens eingehend geprüft. Neben dem Gutachten, das im Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden ist, hat der frühere Oberreichsanwalt Obermeyer ein Gutachten erstattet, in dem er zu der gleichen Auffassung wie die Juristen des Reichsjustizministeriums gekommen ist, nämlich, daß das Gesetz keinen verfassungsändernden Charakter trägt.

Am Dienstag, dem 9. Juli, findet vor dem Reichsgericht in dessen der Termin für die Renten der Bandgrafen von Hessen statt, und zwar handelt es sich hier um eine Entscheidung des Reichsgerichts, das in dieser Sache bereits vor längerer Zeit als Schiedsgericht angerufen worden ist. Der Vertreter des preussischen Finanzministeriums wird auf Grund des unermehr verfallenen Gelehes eine Aussetzung des Verfahrens beantragen. Das Schiedsgericht wird darüber zu entscheiden haben.

Bethlen schießt nach Macdonald.

Regierung Ungarns möchte sich auf Sozialdemokratie stützen.

Budapest, 8. Juli. (Eigenbericht.)

In der bürgerlichen Presse des In- und Auslandes wurde berichtet, daß zwischen der ungarischen Sozialdemokratie und dem Ministerpräsidenten eine Vereinbarung über außenpolitische Fragen zustande gekommen sei. Demgegenüber stellt das Organ der ungarischen Sozialdemokratie, die „Repizava“, fest, daß diese Nachricht unrichtig ist.

In der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nahmen die sozialdemokratischen Mitglieder nicht teil, da sie verhindert waren. Sie wurden deshalb vom Grafen Bethlen nachträglich über den Verlauf der Tagung informiert. Bethlen forderte von den Sozialisten in gewissen Fragen, so besonders in der Frage der Abrüstung und des Minderheitenschutzes, ihre außenpolitischen Verbindungen auszunutzen. Die Sozialisten verlangten als Äquivalent die Verwirklichung der Demokratie in Ungarn. Das Gespräch mit Bethlen war damit beendet. Bethlen bezweckte mit der Beprechung offenbar, die Öffentlichkeit irre zu führen und namentlich der englischen Öffentlichkeit gegenüber so zu tun, als ob sich der ungarische Kurs geändert hätte. Man nennt das in Ungarn den neuen englischen Kurs der ungarischen Reaktion.

Ein Vorstoß gegen Labour.

Ein konservativer Antrag.

London, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Die konservative Partei hat am Montag im Unterhaus einen Abänderungsantrag zur Thronrede eingebracht, in dem behauptet wird, daß das Bethlen jeder starken Regierungserklärung hinsichtlich der sozialistischen Politik mit Bezug auf den sogenannten Industrieschutz, die Mac Kenna und ähnliche Fälle, sowie hinsichtlich der Reichs-Vorzugsbille eine Ungewissheit geschaffen habe, die für Handel und Industrie ungünstig sei.

Ferientwetter.



„Unter allem Stresemann!“ —
„Was heißt das?“
„Nicht mal 'n Silberstreifen am Horizont!“

Giertanz um den Young-Plan.

Rastl und Voegler sprechen bei den Schwerindustriellen. — Paul Reusch's Angst um die Enkel.

Kun ist auch die große demonstrative Tagung, die der Sangnam-Verein für die Ruhr- und Rheinlandindustrie zur Beprechung des Young-Planes in Düsseldorf veranstaltet hat, vorüber. „Die führenden Männer der Wirtschaft waren fast ausnahmslos versammelt“, so meldet der ausführliche Bericht des B.Z. Aber diese führenden Männer der Wirtschaft haben kein erfreuliches Bild von Verantwortungsbewußtsein dem deutschen Volk zu bieten vermocht, als bisher schon der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Bankzentralverband und andere deutsche Unternehmerorganisationen, als sie zum Young-Plan Stellung nahmen.

In dem Bewußtsein, große Politik auch dem Ausland gegenüber machen zu wollen, wurden große Worte geredet, denen im Ausland niemand glaubt, weil keine wohlüberlegte Argumentation, sondern nur Schelten oder Jammern diese Reden charakterisiert. Um so deutlicher stellt sich man der deutschen Reichsregierung, der man allein die Verantwortung für die Annahme des Young-Planes zuschieben will, mit demagogischen Argumenten Richtlinien für einen reaktionären und die Lasten auf die Massen abwälzenden Young-Politik nach innen zu geben versucht.

Dr. Schacht war nicht da, dagegen Rastl, Reichler und Voegler, und das legitime Kind dieser Unternehmervertreter in Paris hat man so schlecht gemacht als möglich, um schließlich die ganze Tapferkeit der so selbstbewußten Herren von Ruhr und Rhein in folgende Pfäumen weiche Entschliebung zusammenzufassen:

„Der Young-Plan stellt eine politische und keine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage dar. Die im Rangamere:in zusammengeschlossenen rheinisch-westfälischen Wirtschaftstreue lehnen daher die Verantwortung für die Möglichkeit der Erfüllung des Planes ab.“

Nichts anderes haben die deutschen Sachverständigen in dem von ihnen unterzeichneten Pariser Bericht auch gesagt und man fragt sich, was der ganze Unternehmerrummel in Düsseldorf soll, wenn er mehr sein sollte, als eine demagogische Demonstration.

Herr Paul Reusch führte das große Wort. Würde der Young-Plan angenommen, werde er so konsequent durchgeführt, dann sinke Deutschland zu einem geographischen Begriff herab. Aber bei Herrn Reusch zeigt es sich sofort, daß er im Ernst viel weniger gegen die Annahme des Young-Planes ist, als besorgt darum, daß möglichst die breiten Massen und nicht die Unternehmer die Lasten aus dem Young-Plan tragen. Und darum wird die Lage „der Wirtschaft“ so düster gemalt als möglich. Ueber 18 Milliarden hätte die „deutsche Wirtschaft“ seit 1923 mehr zu tragen und hauptsächlich durch Lohnerhöhungen. „Wenn die Theorie von der Wirtschaftsführung durch sorgfältigen Mehraufwand an Löhnen und sozialen Abgaben richtig wäre, müßte sich die deutsche Wirtschaft angesichts dieser Ziffern in lebhaftem Aufstieg befinden.“

Leute wie Herr Reusch sind so sehr an das großzügige Jammern und an die rücksichtslose Wahrung ihrer Interessen gewöhnt, daß sie an die Wirklichkeit, die tatsächlich ein ungeheurer Aufschwung in den letzten vier Jahren war, gar nicht mehr denken. Und es ist deshalb gut, daß Universitätsprofessor Dr. Weber aus München — freilich in anderem Zusammenhang und um die unverwundliche deutsche Kraft zu feiern — mit Besriedigung ausrief:

„Unsere Arbeiter, Angestellten, Beamten werden ebenso gut, manche Schichten noch besser bezahlt, als in der Vorkriegszeit. Unsere sozialen Aufwendungen übersteigen die Ziffern der Vorkriegszeit um das Dreifache, es gelingt uns trotz unserer Kapitalnot der Arbeitslosigkeit besser Herr zu werden, als die Engländer, obwohl wir auf dem uns verbliebenen Boden 4 Millionen mehr beschäftigen müssen als vor 1914, unsere zerstörte Handelsflotte haben wir wieder aufgebaut, unser auswärtiger Handel übersteigt die Ziffern der Vorkriegszeit, in wenigen Jahren haben wir eine Rationalisierung unserer Industrie durchgeführt, die das Staunen und den Reiz des Auslandes erweckt. Das deutsche Volk hat gezeigt, daß es auch Unmögliches möglich machen kann.“

Dann kommt die Bemerkung, daß man mit der deutschen Zauberkraft im Interesse der ganzen Welt keinen Mißbrauch treiben solle. Wenn solche Erträge das Ergebnis einer sogenannten Mehreinstellung von 18 Milliarden Mark sind, dann erübrigt es sich wahrhaftig — auch für das Ausland — das Klagen von Unternehmerführern wie Paul Reusch tragisch zu nehmen.

Herr Reusch bringt es fertig wehklagend auszurufen in einer Pose fast wie Hugenberg in Warburg, der mit dem Volk Proletarier werden will:

„Wer wie ich Entgelt in der hat, welche bereits die Schulbank drücken, muß bei Durchführung des Abkommens mit der geradezu erschütternden Last der rechnen, daß seine Nachkommen bis in die fünfte Generation tributpflichtig bleiben.“

Wir wissen nicht, wie Herr Reusch und mit ihm die anderen großen Magnaten bis ins fünfte Glied ihrer Nachkommenschaft gesorgt haben. Mit Sicherheit aber wissen wir, daß Herr Reusch, ebenso wie Herr Hugenberg und mit ihnen die demonstrierenden Zwölfhundert in Düsseldorf bis zum heutigen Tage trotz der Reparationslast noch nichts entbehrt haben, während die Arbeiterschaft suchtbare Arbeitslosigkeit, tausendfachen Berufswechsel, wachsende seelische und körperliche Ausbeutung schon seit Jahren auf sich genommen hat, und auch in der Zukunft noch wird auf sich nehmen müssen!

In der Diskussion sprachen u. a. auch Dr. Rastl und Dr. Voegler. Auch Dr. Rastl weicht der Verantwortung aus mit den Worten, daß er nicht entscheiden wolle, ob es richtig oder falsch gewesen sei, den Young-Plan anzunehmen. Er für seinen Teil muß das doch wenigstens wissen, da er unterdrückt hat. Aber es zu sagen, hat er offenbar nicht gewagt. Dr. Voegler bekannte ausdrücklich, daß in Paris nicht mehr hätte erreicht werden können als geschehen ist. Dennoch aber ist er kriegerisch, wie es Herr Thyssen gewesen zu sein scheint; denn er ist der Meinung, daß das Zurückgehen auf den Dawes-Plan zwar eine Krise gebracht hätte, aber doch glaube, daß auch diese Krise überwunden worden wäre. Nach den Opfern dieser Krise hat er freilich nicht gefragt.

Das Schauspiel von Düsseldorf war unerfreulich bis ins letzte. Dem Zustand und dem Inland gegenüber. Um billiger agitatorischer Effekte willen haben die Wirtschaftsführer von Ruhr und Rhein einen Mangel an Verantwortungswissen bewiesen, der, hätte er bei der Arbeiterschaft seit 1923 geherrscht, Deutschland in der Tat heruntergebracht hätte.

Benoit freigesprochen.

Selbst der Staatsanwalt für mildernde Umstände.

Paris, 8. Juli.

Der Elässer George Benoit, der im Dezember vorigen Jahres auf den Generalstaatsanwalt im Kolmarer Prozeß, jedoch mehrere Revolververhülle abgegeben hatte und sich deshalb vor dem Pariser Schwurgericht verantworten mußte, ist heute freigesprochen worden.

Der Staatsanwalt selber hatte sich für die Gewährung mildernder Umstände bei der Verurteilung ausgesprochen.

Bölkerbundsanftage gegen Mussolini.

Genf, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Der Generalsekretär des Bölkerbundes hat den Mitgliedern des Bölkerbundes sowie der Türkei und Sowjetrußland die Eingabe der

Dardanellenkommission über die Ueberfliegung der Meerenge durch 34 italienische Marineflugzeuge zugefandt. In der Eingabe wird der Bölkerbund gebeten, eine klare Auslegung der Bestimmungen des Dardanellenabkommens zu geben, daß kein Staat eine stärkere Streitmacht als die des stärksten Uferstaates des Schwarzen Meeres die Dardanellen passieren lassen dürfe. Die Note der Kommission betont schließlich, daß die stärkste von einem Uferstaat gemeldete Wasserflugzeugflotte die russische mit 21 Flugzeugen sei, und läßt durchblicken, daß danach der italienische Propagandaflug nach dem Schwarzen Meere gegen das Dardanellenabkommen verstoßen habe.

Kirche und König. In allen Kirchen Großbritanniens wurden am Sonntag Dankgottesdienste für die Genesung des Königs abgehalten. Der König und die Königin, der Prinz von Wales und Mitglieder der königlichen Familie wurden auf der Fahrt zur Westminster Abtei von einer dichten Menschenmenge stürmisch begrüßt. Die dortige Messe wurde vom Erzbischof von Canterbury zelebriert.

Sturmvogel, Glück ab!

Der Flugverband der Werktätigen.

Sehten Sonntag segten einige Flugzeuge über Berlin hinweg, die sich von den Verkehrsmaschinen der Luft-Hansa dadurch unterschieden, daß sie am Rumpf und Tragflügel schwarzrotgoldenen Farben trugen. Es waren die Flugzeuge des Sturmvogels, des Flugverbandes der Werktätigen.



In Deutschland ist die Luftfahrt eher alles andere als eine Volksangelegenheit. Der ganze Flugbetrieb ruht nach Romm. In allen Organisationen geben ehemalige Militärs den Ton an; man tastet sich ein, kommt nicht an die Massen heran, die Interesse für den Flugsport haben. Wer von den Werktätigen hat überhaupt schon in einem Flugzeug geflogen? Welcher Werktätige kann die Preise bezahlen, die die Luft-Hansa für einen kurzen Rundflug verlangt? Fliegen — das ist etwas für die materiell bevorzugten Schichten, aber es ist noch nichts für den Mann aus dem Volk. Und doch ist es notwendig, daß die Luftfahrt, die auf die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Völker immer stärkeren Einfluß gewinnt, eine Volksangelegenheit wird. Der neue Flugverband „Sturmvogel“ nun will der Fliegerei frisches Blut zuführen. Er kämpft für eine Demokratisierung des deutschen Flugwesens, er kämpft für eine aktive Verwendung der deutschen Luftfahrt als Instrument der Völkerverständigung und der Solidarität der Werktätigen über die Landesgrenzen hinaus. Der Flugverband „Sturmvogel“ hat uns gefehlt, und er wird hoffentlich in kurzer Zeit ein achtunggebietender Faktor in der deutschen Luftfahrt sein. Trotz der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Verband in Berlin schon einige tausend Mitglieder,

die sich zu 70 Prozent aus Handarbeitern zusammensetzen. In Tempelhof stehen vier Verkehrsflugzeuge, mit denen Rundflüge zu billigen Preisen veranstaltet werden. Also: ein verheißungsvoller Anfang. Die Leute vom „Sturmvogel“ sind sehr zukunftsfröhlich. Das Arbeitsprogramm des jungen Verbandes ist sehr reichhaltig. Poststellen sollen eingerichtet werden, eigene Bau- und Reparaturwerkstätten. In Staaten will man geeignete erscheinende Bewerber zum Sportflieger ausbilden, in den Pflücker soll Segelfliegerei betrieben werden. Man will Flugtage veranstalten, Auslandsbesuche, man will sich an Massenfesten der Werktätigen beteiligen.

Kurzum: man spürt Leben, Jugendkraft, frische Luft und kann dem „Sturmvogel“, der so flott startete, nur einen prächtigen Dauerflug wünschen.

Raubüberfall oder Racheakt?

Der Täter unerkannt entkommen.

Kurz nach 6 Uhr wurde am Montag im Hause Landsberger Straße 93 ein Überfall auf die 67 Jahre alte Witwe Pauline Miesch, geb. Hoffmann aus der Landsberger Straße 108 verübt. Frau Miesch wollte in dem Hause einen Zahnarzt aufsuchen und hatte gerade an seiner Tür geläutet, als ein junger Mann die Treppe hinunterkam und ihr mit einem stumpfen Gegenstand, allem Anschein nach einem Totschläger, einen Hieb über den Kopf verfehlte. Ehe sie noch recht wußte, was geschehen war, war auch der junge Mann wieder verschwunden. Auf die Hilferufe der Angefallenen eilten der Zahnarzt und ein im Hause wohnender praktischer Arzt herbei, der die Überführung der Frau in seine Wohnung veranlaßte. Es wurde eine erhebliche Kopfverletzung festgestellt, sowie eine Gehirnerschütterung. Frau Miesch mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Die Tochter der Überfallenen vermutet einen Racheakt. Ob diese Vermutung zutrifft, steht noch dahin. Bisher hat man von dem Täter keine Spur.

Ein unverbesserlicher Briefkastenmarder

60 Briefkästen geöffnet. — Drei Jahre Zuchthaus.

Der Mollereigehilfe Genschorel, der vor kurzem von dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Betruges abgeurteilt wurde, da er mit einem Postbeamten zusammen fingierte Postanweisungen in den Betrieb eingeschmuggelt hatte, wurde von dem Schöffengericht Charlottenburg jetzt wegen schweren Diebstahls im Rückfall zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte hatte in Berlin und Halle sechzig Briefkästen geöffnet und ihnen Briefe entnommen. Er erklärte in der Verhandlung, daß er nur sehr wenig Geld, insgesamt noch nicht 100 Mark, in den Briefen gefunden hätte. Schon früher war der Angeklagte wegen Briefkasten Diebstahls häufig zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt worden.

Christian Stolberg geisteskrank?

Hauptverhandlung nicht vor Ende September.

Hirschberg, 8. Juli.

Graf Christian zu Stolberg-Bernigerode, der im Verdacht steht, seinen eigenen Vater erschossen zu haben, ist auf Veranlassung seiner Angehörigen in die Pastor-von-Bodelschwinghsche Anstalt Bethel bei Bielefeld gebracht worden, wo er von dem Sachverständigen Professor Schulte von der Universität Göttingen auf seinen Geisteszustand untersucht werden soll. Das Untersuchungsverfahren dürfte entgegen den bisherigen amtlichen Nachrichten erst in etwa vier Wochen abgeschlossen sein, so daß die Hauptverhandlung nicht vor Ende September stattfinden wird.

Achtung, Arbeiterradiobund.

Nachdem die bundesgefährdenden Elemente aus dem Arbeiterradiobund Deutschlands ausgeschlossen wurden, konnte damit gerechnet werden, daß sie unter allen nur möglichen Vorwänden versuchen, die Öffentlichkeit zu täuschen und die Berliner Ortsgruppe vollkommen zu zerstören. Sie bemühen zu diesem Zweck widerrechtlich den Namen der Organisation, das ihnen nicht gehörige Vermögen und Adressenmaterial. Der Bundesvorstand übernimmt im Interesse der Gesamtbewegung keinerlei Verantwortung für irgend welche Vereinbarungen der Ausgeschlossenen und warnt, mit ihnen in Verbindung zu treten. Die verantwortungsbewußten Mitglieder werden ersucht, auf die Täuschungsabsichten der Ausgeschlossenen nicht zu reagieren. Mitgliederkarten sind zum Zwecke der Kontrolle nur an den Bundesvorstand, Berlin SW. 61, Nordstr. 14, unverzüglich einzuliefern. An diese Adresse sind bis spätestens 12. Juli auch die Fragebogen zu richten, die den Gruppen und Funktionären vor wenigen Tagen zugegangen. Selbst die geringste Verbindung mit den Ausgeschlossenen bedeutet Schädigung der Arbeiterinteressen im Rundfunk.

Ein neuer Ueberseeflug.

Von Amerika nach Rom.

Old Orchard (Maine), 8. Juli.

Die amerikanischen Flieger Janzen und Williams sind heute morgen um 8.49 Uhr Ortszeit auf ihrem Flugzeug „Pathfinder“ zum Transoceanflug nach Rom gestartet.

Das Flugzeug löste sich nach einem Anlauf von etwa einer Meile Watt vom Boden und hatte eine Höhe von etwa 100 Fuß erreicht, als es das Land hinter sich ließ und in weitem Bogen im Morgendunst verschwand. Die Flieger hoffen, in etwa 45 bis 50 Stunden in Rom einzutreffen. Bis zum Abflug blieb der „Pathfinder“ unter sorgfältiger Beobachtung der Polizei, um das Einschleichen eines blinden Passagiers zu verhindern; der Ueberwachung ging eine genaue Untersuchung der Innenräume voraus. Das Flugzeug, das 500 Gallonen Benzin und 30 Gallonen Benzol mitnahm, wurde eine Strecke weit von einem Wasserflugzeug der Küstenwache und zwei Handelswasserflugzeugen begleitet.

Der Meteorologe Kimball erklärte, daß das Flugzeug im wesentlichen günstige Witterung antreffen werde. Zunächst müsse es jedoch sich aus der Längs der Küste lagernden Nebelschicht herausarbeiten und sich dann südlich der dichten Nebelschicht halten, bis ungefähr die Strecke von 1600 Meilen zurückgelegt ist. Bis etwas über die Mitte des Ozeans hinaus bestehe auch die Möglichkeit, daß die Flieger Regen antreffen.

Von einem Zementblock erschlagen.

Lödlicher Unfall zweier Berliner Ferienkinder.

Zwei Berliner Schüler, Joachim Kozert aus der Großen Frankfurter Straße 124 und Heinz Ferber aus Neukölln, die vom Jugendamt des Bezirksamtes Friedrichshain mit anderen Berliner Ferienkindern in das städtische Jugendheim Scheuen bei Celle in der Lüneburger Heide verschickt waren, sind beim Spielen in einer Kiesgrube einem Unglücksfall erlegen. Die beiden siebenjährigen Jungen wollten sich vom Grund der Grube bis zur Höhe einer Treppe bauen. Als sie die halbe Höhe erreicht hatten, löste sich oben ein Zementblock und traf die beiden Kinder so unglücklich, daß sie ihren schweren Verletzungen alsbald erlagen. Es hat nach den bisher vorliegenden Mitteilungen den Anschein, als ob die Aufsichtspflicht- und ordnungsmäßig gehandelt hat. Weitere Mitteilungen müssen abgewartet werden.

Zimmer noch Ferienreiseverkehr.

Auch am Sonnabend und Sonntag machte sich auf den Berliner Fernbahnhöfen der Ferienreiseverkehr bemerkbar. Zur Beförderung der Reisefreudigen mußten an den beiden Tagen 57 Bor- und Nachzüge eingesetzt werden; außerdem verließen noch 12 Feriensonderzüge die Reichshauptstadt. Sämtliche Züge hatten eine durchschnittliche Belegung von 90 bis 100 Proz. Am Sonntagnachmittag ließ der Verkehr etwas nach, so daß die Züge nur bis zu 70 Proz. besetzt waren.

Jack London:

Loekruf des Goldes

(Berechtigte Uebersetzung von Errolin Magnus).

„Guten Morgen, Larrn,“ grüßte Danlight. „Seh dich und beruhige dich. Du scheinst ein bisschen aufgeregter zu sein.“ „Das bin ich,“ antwortete der kleine Irlander heftig. „Grimshaw u. Hodgtins gehen zum Teufel, wenn nicht schnell etwas geschieht. Warum bist du heute morgen nicht ins Kontor gekommen? Was willst du tun?“ „Nichts,“ sagte Danlight nachlässig. „Ich denke, wir lassen sie zum Teufel gehen.“

„Aber —“ „Ich habe nichts mit Grimshaw u. Hodgtins zu schaffen. Ich schulde ihnen nichts. Außerdem geht es mir selbst nicht besser. Hör, Larrn, du kennst mich doch. Du weißt, wenn ich zu etwas entschlossen bin, dann tue ich es auch. Und nun habe ich mich entschlossen. Ich hab das ganze Spiel satt. Ich will heraus, so schnell ich kann, und mit einem Krach geht es am besten.“

Hegan starrte seinen Chef an und wandte dann sein entsetztes Gesicht Dede zu, die mitfühlend nickte.

„Und daher sollst du alles zum Teufel gehen lassen, Larrn,“ fuhr Danlight fort, „was du zu tun hast, ist, daß du für dich selbst und deine Freunde sorgst. Hör nun zu: Alles ist soweit in Ordnung. Keiner darf zugrunde gehen. Allen, die zu mir gehalten haben, muß gehalten werden, ohne daß sie Schaden leiden. Alle ausstehenden Löhne werden auf Heller und Pfennig bezahlt. Alles Geld, das ich vom Wasserwerk, von den Straßenbahnen und den Fähren genommen habe, wird zurückgezahlt. Und du selbst wirst auch keinen Schaden leiden. Alle Gesellschaften, bei denen du beteiligt bist, werden sich halten.“

„Du bist verrückt, Danlight,“ rief der kleine Rechtsanwalt. „Das ist der reine Wahnsinn. Hast du Gift getriegt?“

„Wahrscheinlich,“ erwiderte Danlight lächelnd. „Aber jetzt spucke ichs aus. Ich bin krank vom Leben in der Stadt und vom Geschäft. Ich will hinaus in den Sonnenschein,

aufs Land und das grüne Gras. Und Dede geht mit mir. Du darfst mir als erster gratulieren.“

„Gratulieren — den Teufel will ich! Mit solchen Dummeitern will ich nichts zu tun haben. Was haben Sie denn nur mit ihm gemacht?“ sprudelte Hegan heraus und wandte sich ärgerlich gegen Dede.

„Nichts weiter, Larrn.“ Zum erstenmal klang Danlights Stimmglocke, und die Linien in seinem Antlitz, die von Grausamkeit zeugten, traten stärker hervor. „Fräulein Mafon wird meine Frau, und wenn ich auch selbstverständlich nichts dagegen habe, daß du mit ihr redest, soviel du willst, so mußt du doch einen andern Ton anschlagen. Und ich will dir noch etwas sagen. Es geht alles auf meine eigene Kappe. Sie sagt auch, daß ich verrückt bin.“

Hegan schüttelte traurig den Kopf, konnte aber kein Wort hervorbringen und stand mit weit aufgerissenen Augen da.

„Es wird natürlich vorläufig Zwangsverwaltung geben,“ sagte Danlight, „aber die wird nicht lange dauern. Du hast unterdessen die Leute zu retten, die ihre Löhne bei mir haben stehenlassen, alle Gläubiger und alle Unternehmungen, die auf unserer Seite gestanden haben. Die New-Jersey-Leute sind nach ein paar tausend Morgen ausgewiesen. Sie nehmen sie gern und schlagen sicher sofort zu, wenn du ihnen einen halbwegs anständigen Preis machst. Das hilft schon.“

Dede hatte kaum zugehört, aber plötzlich schien sie einen Entschluß zu fassen, und sie trat vor die beiden Männer. Sie war blaß, aber ihre Züge hatten einen Ausdruck von Entschlossenheit, der Danlight an den Tag erinnerte, als sie das erstmalig Bob ritt.

„Halt!“ sagte sie. „Ich will dir etwas sagen, Nam, wenn du diesen Unsinn machst, so heirate ich dich nicht.“

In seinem Glanz sandte Hegan ihr einen dankbaren Blick.

„Ich werde aber doch —“ begann Danlight.

„Halt!“ unterbrach sie ihn wieder. „Und wenn du es nicht tust, heirate ich dich.“

„Den Vorschlag muß ich mir erst klarmachen.“ Danlight sprach aufreizend langsam und nachdrücklich. „Wenn ich dich recht verstehe, so willst du mich heiraten, wenn ich das Spiel weiterspiele. Du willst mich heiraten, wenn ich weiter arbeite wie verrückt und weiter Martinis trinke.“

Nach jeder Frage machte er eine Pause, während sie zustimmend nickte.

„Und du willst mich gleich heiraten?“

„Ja.“

„Heute? Sofort?“

„Ja.“

Er grübelte einen Augenblick.

„Nein, mein Herz, ich tue es nicht. Das geht nicht gut aus, und das weißt du selbst. Ich will dich haben — dich mit Haut und Haar. Sieh, Dede, mit dir auf der Ranch bin ich deiner sicher und auch meiner selbst. Du kannst sagen, was du willst, heiraten tust du mich doch. Und jetzt, Larrn, ist es am besten, wenn du gehst. Ich bin bald wieder im Hotel, und da ich meine Füße nicht wieder ins Kontor setze, mußt du mir schon die Papiere und was sonst zu erledigen ist, bringen. Du kannst mich jederzeit telephonisch erreichen. Der Krach muß seinen Weg gehen. Savvy? Ich bin fertig damit.“

Er erhob sich, um Hegan anzudeuten, daß er gehen solle. Der war wie gelähmt. Er erhob sich zwar, blieb aber dann stehen und sah sich hilflos um.

„Der reine Wahnsinn, völlig verrückt,“ murmelte er.

Danlight legte ihm die Hand auf die Schulter. „Nimm dich zusammen, Larrn. Ich bin ein größerer Träumer als du, das ist alles, und jetzt träume ich etwas, das in Erfüllung gehen wird. Das ist der größte und schönste Traum, den ich je geträumt habe.“

„Aber du alles verlierst, was du hast,“ rief Hegan heftig.

„Gewiß, indem ich alles verliere, was ich nicht brauche. Aber die hundertundvierzig Roshhaarzügel will ich doch behalten. Und nun mach lieber, daß du zu Unwin und Harrison hinauskommst und in die Stadt zurückfährst.“

Drei Tage darauf fuhr Danlight in seinem roten Wagen nach Berkeley. Es war das letzte Mal, denn morgen sollte die große Maschine einem andern gehören. Es waren drei anstrengende Tage gewesen, denn kein Bankrott war der größte, den die Bank in Kalifornien verursacht hatte. Die Zeitungen waren voll davon, und ein Butzschrei wurde von denen ausgestoßen, die später fanden, daß Danlight ihre Interessen in jeder Beziehung wahrgenommen hatte. Diese Tatsachen waren es, die, als sie allmählich bekannt wurden, die weitverbreitete Anschauung veranlaßten, daß der wilde Draufgänger von Wasla verrückt geworden wäre. Und Danlight hatte geschmunzelt und die Vermutung dadurch bestärkt, daß er sich weigerte, Reporter zu empfangen. (Fortf. folgt.)

Verkäufer / Einkäufer / Käufer

Es wird jedem Käufer und mehr noch der Käuferin gelegentlich einmal aufgefallen sein, mit welchem Eifer der Verkäufer oder die Verkäuferin einen Verkauf zustandezubringen bemüht ist. Als ob von dem geringen Umsatz von oft nur wenigen Mark sein oder ihr Seelenheil und die ganze Zukunft abhinge. Wenn dann aus dem Verkauf endgültig nichts wird, kann der Käufer oft feststellen, wie sich des Verkäufers eine gewisse Niedergeschlagenheit bemächtigt, die sich in einzelnen Fällen zu Rühmst und offener Unfreundlichkeit steigert. Der Kunde ist erstaunt und verblüfft, beschwert sich wohl gar über den Verkäufer und macht damit das Unheil noch größer. Denn die Personalchefs und Cheffinnen stehen auf dem Herrenstandpunkt, doch es zehn Verkäufer für einen gibt und eine Entlassung ist bald ausgesprochen. Deshalb soll hier einmal ein Verkäufer selber das Wort nehmen. Er soll, wie man so sagt, sein Herz ausschütten dürfen, dem kaufenden Publikum zur Beachtung, den Personalchefs und unzähligen Vorgesetzten aber zur Mahnung und zur nachdenklichen Ueberlegung, wie es besser werden kann.

Der Verkäufer spricht:

Wir selber teilen die Angehörigen unseres Berufes in zwei Kategorien ein: Erstens in die Verkaufskanone und zweitens in den Verkäufer schlechthin. Außerdem gibt es natürlich auch Verkäuferlehrlinge. Was lernt nun so ein junger Mensch in diesen drei Jahren? Er fängt zunächst, gleichviel ob er im Spezialgeschäft oder im Warenhaus lernt, mit dem — Staubwischen an. Dann heißt es in den großen Geschäften, die Ware vom Stand zur Kasse zu bringen. In Zeiten der Hochkonjunktur, zu Weihnachten, im Saisonverkauf, in der Weißen Woche kann so ein Lehrling von früh 9 Uhr bis abends um 7 Uhr ununterbrochen zwischen Verkauf und Kasse hin und her pendeln. Das sind aber noch nicht alle Arbeiten. Hinzu kommt das Auf- und Wegräumen der vom Verkäufer vorgelegten Waren, die Preisauszeichnung und — natürlich auch — Botengänge für Geschäft und für die Angestellten. Das letztere ist selbstverständlich verboten, wird aber doch gemacht. Welcher Lehrling möchte gegen einen Angestellten, der selber nichts zu sagen hat, ungerne sein? Und nach einem Jahr bekommt dann eines Tages der Lehrling die Erlaubnis, ein wenig einzugreifen und mitzuerkaufen. Aber wehe dem Aermsten, wenn er, wie es bei uns heißt, „eine Platte schiebt“, das heißt einen Verkauf nicht zustande bringt. Dann heißt es Vornahme, die nicht von Puppe sind.

Wirft man nun die Frage auf, woran es liegt, daß die jungen Leute in der Lehrzeit oft so wenig lernen, so kann das natürlich leicht an dem Lehrling selber liegen, der sich für die Arbeit nicht interessiert und für den Beruf des Verkäufers nicht geeignet ist. Weiterhin aber kann man weniger die Chefs dafür verantwortlich machen als die unmittelbaren Vorgesetzten. Das sind in den großen Häusern zuerst die Einkäufer, dann die zweiten Einkäufer, die sogenannten Substituten, und die Kassisten, und erst ganz zuletzt die Verkäufer selber. Einkäufer und Substituten sollen dem Lehrling gegenüber den Chef vertreten, sollen sich um seine Ausbildung kümmern. Man frage aber einmal die Lehrlinge und die Lehrlingmädchen, ob und wie das geschieht. Die meisten werden ein trauriges Lied singen. Am Abend aber, wenn alles müde und total abgedämpft ist, müssen sich Verkäufer und Lehrpersonal die Befehle der Vorgesetzten geduldig anhören. Dann kommt alles darauf an, daß man nicht aufhört. Wer widerspricht, wird wohl gar dem Personalchef gemeldet.

Warum wird getadelt?

Was gibt nun den Vorgesetzten Anlaß zum Tadel? Da sind eine ganze Anzahl Gründe zu nennen. In sehr vielen großen Häusern besteht das sogenannte Leistungsziel. Das heißt, jeder Verkäufer und jede Verkäuferin muß in einem Monat einen bestimmten Umsatz erzielen. Diese Summe richtet sich meistens nach dem Monatsgehalt des einzelnen und wird prozentual errechnet. Hat nun ein Verkäufer seinen Monatsumsatz nicht erreicht und wiederholt sich das, so wird er gemahnt, sich mehr Mühe zu geben. Hißt das nicht, so wird er, wenn er Glück bzw. einen wohlwollenden Vorgesetzten hat, an ein anderes Lager versetzt. In anderen Fällen wird er gekündigt. Uebersteigt aber der Umsatz den bestimmten Mindestsatz, so stehen dem Verkäufer am letzten des Monats etwa 1 Proz. von dem erzielten Mehrumsatz zu. Wenn der Verkäufer also nur 10 M. mehr verdienen will, muß er für 1000 Mark über den Mindestsatz verkauft haben. Nur die wenigsten, eben die Verkaufskanonen, erzielen diese Mehrumsätze.

Dieses System bringt Vorteile nur dem Geschäft und Nachteile dem Verkäufer und dem Käufer. Denn der Verkäufer wird sich nach Möglichkeit bestrengen, recht viele Kunden zu bedienen, so daß er gar nicht dazu kommt, dem Kunden mit sach- und fachmänniger Auskunft zu dienen. Das letztere, das dem amerikanischen „service“, das heißt dem Dienst am Kunden, nahesteht, findet man deshalb nur in den Geschäften, in denen das Leistungsziel nicht üblich ist. Das System, das den Kunden nicht dient, wirkt sich aber zum Schaden des Verkäufers aus. Denn man glaube nicht, daß das Leistungsziel, das ja eine Art Antreibemittel ist, das ganze Jahr hindurch besteht. Vor den Festtagen, an Erntedankfesten und Ausverkäufen, wird die zu erreichende Mindestverkaufsumme erheblich erhöht und der Verkäufer geht dann doch wieder leer aus, wenn er auch einen weit höheren Umsatz als sonst erzielt hat.

Ein besonderer Fall sei noch berichtet: An irgendeinem Tag wurde die Tageslosung der Verkäuferinnen einer Abteilung gesammelt und festgestellt, wer die „schlechteste“ Verkäuferin an diesem Tag war, ein ebenso primitives wie zweckloses Verfahren.

Den Unterschied merkt man, wenn man aus einem Haus mit Leistungsziel in ein solches kommt, wo man dieses Antreibemittel nicht kennt. Hier herrscht nicht die mit unerträglicher Spannung geladene Atmosphäre. Hier geht alles seinen ruhigen, stetigen Gang. Die Angestellten kennen ihre Pflicht und tun sie nach bestem Können und mit Freude. Und wenn nun mal etwas nicht klappt — dann, liebes Publikum, du weißt gar nicht, wie unzufrieden und nörgelig und unklar du manchmal selber bist, so daß der Verkäufer oft nicht mehr aus noch ein weiß — dann greift die Kassa als Schlichter ein. Mit ruhigen, freundlichen und höflichen Worten versucht sie, den schwierigen Fall zur Zufriedenheit des Käufers zu erledigen. Wenn nun die Kassa vermöge ihrer größeren Menschenkenntnis und Erfahrung dem Verkäufer nachher in ebenso ruhigen Worten wie dem Käufer die Situation aufklärt, dann wird der Verkäufer dem Vorgesetzten dankbar sein, und alle Teile sind zufrieden. Der Käufer wird wiederkommen, der Verkäufer wird nicht mit Angst, sondern mit Freude an seine Arbeit gehen. Der Vorgesetzte wird bei Käufer und Verkäufer an Autorität gewinnen und — das Haus hat den Vorteil davon. Das ist wahrer Dienst am Kunden.

Der tüchtige Verkäufer.

In seinem Buch: „Der tüchtige Verkäufer“ richtet der Amerikaner R. Casson an die Firmenchefs folgende Fragen: 1. Werden die besten Verkäufer in Ihrem Betrieb für höhere Stellen ausgebildet? 2. Darf ein Verkäufer sich niederlegen, wenn Siehen nicht notwendig ist? 3. Ist der Verkaufsräum für die Angestellten anziehend und behaglich? 4. Sind die Aufsichtspersonen dem Angestellten gegenüber höflich, gerecht und wohlwollend? (Zu 80 Proz. nicht!) Der Verf. haben Sie einmal Ihre Verkäufer in gute Stimmung versetzt, sie frohlich, loyal und eifrig gemacht, dann werden sich Ihre Regale schleunigst leeren und Sie Sorge haben, wie Sie sie schnell wieder auffüllen können.“ Und zum Schluß will ich

einen Satz Cassons anführen, um zu zeigen, was Verkaufen heißt: „Echte Verkaufskunst ist eine der vornehmsten, seltensten und feinsten Leistungen des menschlichen Verstandes und Gefühls.“

Damit wollen wir für heute die Ausführungen unseres jungen Verkäufers schließen. Der Käufer aber wird aus diesem Wenigen sehen, wie Unrecht er meistens tut, wenn er in einem vielleicht begreiflichen Ärger oder Rühmst sich sofort über den Verkäufer beschwert. Es ist möglich, daß diese Beschwerde die Entlassung des Angestellten herbeiführt. Selbstverständlich hat jeder Kunde das Recht, höflich und freundlich und mit weitgehender Auskunft über die Ware bedient zu werden. Aber auch der Käufer hat die Pflicht, in dem Verkäufer den Menschen zu achten; er ist der Helfer, nicht der Diener des Publikums. Und die Chefs werden gut tun, in den Verkäufern nicht die Diener ihres Hauses, sondern die Mittler zwischen dem Wohl des Hauses und dem des Publikums zu sehen. Wenn das Publikum aber Anlaß hat, ernstlich unzufrieden zu sein, dann soll es sich genau überlegen, ob nicht die geringe Auswahl und die ungenügende Qualität der Waren die Ursache des Ärgers sind. Und wenn es dann, wie es sich gehört, Beschwerde an die Kassa richtet oder sich den Einkäufer oder den Substituten herbeiholt, dann soll es nicht veräumen, zu erwähnen, daß die Bedienung zufriedenstellend war, aber Auswahl oder Qualität nicht den Wünschen entspricht. Für die Waren, die verkauft werden sollen zeichnet der Einkäufer verantwortlich. Für den Geist aber, der in einem Haus herrscht, das heißt für die Art, wie die Vorgesetzten der Verkäufer und diese wieder das Publikum behandeln, sind natürlich letzten Endes doch die obersten Chefs, die Firmenträger verantwortlich.

Der Fall des Republikerschutzgesetzes

ist das Thema in allen Kreismitgliederversammlungen. Die ähnerst gespannte politische Lage verpflichtet alle Parteimitglieder, die Versammlungen zu besuchen.

Heute, Dienstag, den 9. Juli:

3. Kreis Wedding. 19½ Uhr im großen Saal der Borussia, Müllerstr. 142.
11. Kreis Schöneberg. 19½ Uhr im Gesellschaftshaus des Bestens, Hauptstr., neben der Post.
15. Kreis Treptow. 20 Uhr im Lokal „Zum Einsiedler“, Johannisplatz, Sternsdamm.

Morgen, Mittwoch, den 10. Juli:

1. Kreis Mitte. 19½ Uhr im Hadeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41.
2. Kreis Tiergarten. 20 Uhr in den Arminiusshallen Bremer Str. 73.
4. Kreis Prenzlauer Berg. 19 Uhr in den Kasino-Festlokalen, Pappelallee 15.
5. Kreis Friedrichshagen. 19 Uhr in den Andreas-Festlokalen, Andreasstraße 21.
6. Kreis Kreuzberg. 19½ Uhr bei Rabe, Fichtestr. 29.
7. Kreis Charlottenburg. 19½ Uhr in Ahlerts Festlokalen, Berliner Str. 88, Ecke Brauhofstr.
9. Kreis Wilmersdorf. 19½ Uhr im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114/115.
10. Kreis Zehlendorf. 20 Uhr im Lokal Lindenpark, Zehlendorf, Berliner Str. Ecke Gartenstr.
12. Kreis Steglitz. 19½ Uhr bei Lehmann, Pantwisch, Kaiser-Wilhelm-Straße 29/31.
13. Kreis Tempelhof. 19½ Uhr, Rasi, Mariendorf, Chausseestr.
14. Kreis Neukölln. 19½ Uhr im Lokal Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 6/11.
16. Kreis Köpenick. 19½ Uhr im Stadttheater, Kleiner Saal, Friedrichstr. 6, in Köpenick.
17. Kreis Lichterberg. 19½ Uhr, Aula der Mittelschule in Lichterberg, Marktstr.
18. Kreis Weihensee. 19½ Uhr, im Lokal „Zum Pferdmarkt“, Schönstraße.
19. Kreis Pantow. 19½ Uhr, Lindners Konzerthaus, Pantow, Breite Str. 32.
20. Kreis Reinickendorf. 19½ Uhr im „Alten Krug“, Ziegel, Hauptstr. 14.

Redner: Siegfried Kuffhäuser, Hans Bauer, Clara Bohm-Schuch, Max Fechner, Hermann Harnisch, Kurt Heing, Max Herdemann, Marie Kunert, Franz Künster, Erich Kuttner, Carl Litke, Otto Meier, Georg Maderholz, Gustav Sabath, Dr. Hermann Schüßinger, Wolfgang Schwarz, Hans Vogel, Georg Wendt, Mathilde Wurm, Eduard Zahert.

Gastod einer ganzen Familie.

Die Mutter konnte den Hahn noch schließen, es war zu spät.

Auf tragische Weise sind vermutlich schon in der Nacht zum Sonnabend voriger Woche die 44jährige Frau Meta Bloch und ihre beiden Kinder, die 16jährige Meta und der 15jährige Ernst, durch ausströmende Gase ums Leben gekommen.

Frau Bloch verfiel in dem Hause Prinzenstraße 87 die Portierstelle. Am 4. Stadtwort des Auergebändes hat sie mit ihren beiden Kindern eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung. Hausbewohnern war es aufgefallen, daß sich am Freitag und Sonnabend weder die Frau, noch die Kinder sehen ließen. Man schöpfte Verdacht und als auf Klopfen niemand öffnete, wurde am Sonntagmorgen die Polizei benachrichtigt.

Die Tür wurde erbrochen und den Beamten schlug im Hür ein starker Gasgeruch entgegen. In der Küche bot sich den Eintretenden ein erschütterndes Anblick. Frau B. und die beiden Kinder lagen leblos auf dem Fußboden, bei allen war bereits die Leichenstarre eingetreten.

Nach den polizeilichen Ermittlungen scheint ein Unglücksfall vorzuliegen. Man nimmt an, daß die Mutter mit den Kindern in der Küche gewillt hat und daß der Hahn des Kochers nicht ganz geschlossen war. Unter der Einwirkung des ausströmenden Gases wurden zuerst die Kinder bewußtlos, und als die Frau, die schreckliche Gefahr erkannte, in der alle schwebten, gelang es ihr wahrscheinlich noch, den Hahn zu schließen. Sie war aber ebenfalls schon so stark benommen, daß sie ohnmächtig zusammenbrach und mit den Kindern den Tod fand.

Ein Stahlhelmer bestiehlt ein Mädchen

Aber er findet milde, verständnisvolle Richter.

Ein bürgerliches Pressebureau veröffentlicht folgenden Bericht aus München: „Ein neunzehn Jahre alter Gärtner aus dem Hamburgischen, der anlässlich des Stahlhelmtages nach München gekommen war, hatte, obwohl sonst Abstinenzler, mit mehreren Kameraden rechtliche Mengen Bier und Wein zu sich genommen. In angegriffenem Zustand hatte der bisher noch unberührte junge Mann dann eine Dirne — (Wir zitiere wörtlich, machen uns aber den Ausdruck „Dirne“ nicht zu eigen, da wir nicht wissen, welche Gründe das Mädchen auf die Strafe trieben. Red. d. M.) — in deren Wohnung begleitet. Als wegen der Bezahlung Streit entstand, hatte er sich unter Drohungen die Geldbörse des Mädchens angeeignet, in der sich außer dem von ihm stammenden Geldschein noch 15 M. befanden und sich mit Gewalt Zugang aus der Wohnung verschafft. Bei seiner am nächsten Morgen beabsichtigten Abreise wurde er auf dem Bahnhof von dem Mädchen erkannt und auf deren Veranlassung festgenommen, obwohl er ihr sofort das ganze entwendete Geld zurückgegeben hatte. Das Strafgericht München, Abteilung Justizpalast, vor dem er sich zu verantworten hatte, verurteilte den jungen bisher noch unbestraften Burschen wegen räuberischen Diebstahls unter Zuhilfenahme milderer Umstände zu sechs Monaten Gefängnis mit bedingtem Strafurlaub.“

Wie liebevoll schonend doch ein Gericht mit einem „unberührten“ jungen Mann umgehen kann, wenn es sich um einen Angehörigen der nationalistischen Couleur auf die unerhörte gemeine Bestimmung, wie sie in der Vererbung einer armen Proletarierin zum Ausdruck kommt.

Schiffbruch eines litauischen Dampfers.

400 Passagiere aus großer Gefahr gerettet.

Litfa, 8. Juli.

Der gestern Abend in Ruß eingetroffene Litfiter Dampfer Schwarzort meldete, daß er unterwegs den in schwerer Seenot befindlichen litauischen Passagierdampfer Venera getroffen habe, der mit der Remeler Heilsarmee und ihren Gästen, insgesamt 400 Personen, von Ruß nach Remel unterwegs war. Das Wasserbauamt Ruß entsandte auf diese Meldung hin den litauischen Regierungsdampfer Silute und den kleinen Litfiter Dampfer Trude. Die Trude fand die Venera und es gelang ihr, längsten des schwer beschädigten und mandrierunsfähigen Schiffes, dessen Rod zertrümmert war, zu kommen und 300 Fahrgäste, Frauen und Kinder, zu übernehmen. 80 Männer wurden von dem Dampfer Silute übernommen, der die beschädigte Venera im Schlepptau nach Ruß brachte. Die Geretteten waren sehr erschöpft, die Frauen und Kinder bei der Rettung zum Teil ohnmächtig.

Briezener Hafenmühle in Flammen.

28 Feuerwehrleute verletzt.

Briesen, 8. Juli.

Bei einem Großfeuer in der Hafenmühle A.G., erlitten 28 Mann der Feuerwehr Brandwunden an Gesicht und Händen. Infolge der umfänglichen Mitwirkung des Direktors Havranek gelang es, den Mehlspeicher zu retten und das Benzollager rechtzeitig zu räumen. Verbrannt sind 4000 Sack Mele, 400 Sack Weiz, 150 Tonnen Roggen, 15 Waggons Roggenstroh und für 1800 M. Bargeld. Die Entstehungsurache dürfte Kurzschluß sein.

Dr. Edener bleibt.

Stuttgart, 8. Juli.

Wie auf Anfrage beim Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen mitgeteilt wird, ist die Meldung einiger Berliner Blätter, daß Direktor Dr. Edener zurücktreten und vom 1. Oktober ab die Leitung der Verkehrsabteilung des Luftschiffbau Zeppelin an Kapitän Bohmann übergeben wolle, vollkommen aus der Luft gegriffen. Dr. Edener denkt keineswegs daran, von seinem Posten zurückzutreten.

Bier Verletzte bei einem Motorradunfall.

Auf der Schillingsbrücke ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem vier Personen Verletzungen erlitten. Beim Ueberholen stieß der Motorradfahrer Otto Gasm aus der Stalger Straße mit dem 16jährigen Radfahrer Werner Lehmann aus der Budower Straße 14 so heftig zusammen, daß beide aufs Straßenpflaster geschleudert wurden. Das führerlose Motorrad mit Beiwagen geriet auf den Bürgersteig und überfuhr zwei Schäterinnen, die 14jährige Lydia Ostrowski aus der Glogauer Str. 21 und die gleichaltrige Grete Nawrot aus der Sorauer Str. 2, die sich auf dem Heimweg von der Schule befanden. Die vier Verunglückten fanden im Bethanien-Krankenhaus Aufnahme.

Sommerfest der Neuköllner Partei.

Die Neuköllner Parteiorganisation rief am Sonntag zu einem Sommerfest nach dem Alten Bierhäuschen in Treptow. Das idyllisch gelegene Restaurant war mit roten Fahnen und Girlanden überreich ausgeschmückt. Die Männer und Frauen, die sonst in eifriger Parteilichkeit zusammenleben, trafen sich dort draußen, um einige recht frohe Stunden zu verbringen. Die Neuköllner nuzten das „leiblich“ schöne Nachmittagswetter weidlich aus. Auf den Tischen im Garten klappte bald Kaffeegeschirr. Der Deutsche Arbeiterverband verband sich mit seinem Blasorchester die Veranstaltung. Auch als der Regen einsetzte, verloren die Teilnehmer ihre gute Stimmung nicht, sie stützten auf kurze Zeit in die Säle, und als die Sonne durchbrach, war alles wieder im Freien. Für die Unterhaltung der Kleinen sorgte ein Kapelltheater. Der „Neuköllner Sängerkor“ brachte einige Volks- und Kamptlieder zum Vortrag. Die „Freien Schwimmer“ beendeten das Sommerfest mit ihren Vorführungen. Bei Einbruch der Dunkelheit zeigten die Schwimmer einen Haderreigen, der außerordentlich starken Beifall fand.

Laxin wird jeder gern empfehlen.

dem Gütes läßt sich nicht verhehlen. Laxin führt ab! Es wirkt sehr milde. Wer es versucht hat, ist im Bilde!

Kampf um das „Bruttoprinzip“.

Eine Frage des Reichshaushalts — Sie geht jeden an!

„Die strenge Durchführung des Bruttoprinzips im Reichshaushaltsplan und in der Reichshaushaltsrechnung, das heißt die Veranschlagung und Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben je für sich und in voller Höhe, ist Grundbedingung einer geordneten Finanzwirtschaft und einer klaren und durchsichtigen Rechnungslegung des Reichs.“
(Aus der jüngsten Denkschrift des Rechnungshofs des Deutschen Reichs.)

Die formale Grundlage des deutschen Haushaltsrechtes ist die Reichshaushaltsordnung, deren Neubearbeitung für den Herbst bevorsteht. Der entscheidende Schutz des Haushaltsrechtes ist ein starkes Parlament. Am deutlichsten wird das an dem Kampf um das Bruttoprinzip, der zwischen dem Parlament und bestimmten Kreisen der Ministerialbürokratie, aber auch gegenüber dem alten Bureaufschendrian geführt wird.

Um was es geht.

Es scheint es ganz einfach und selbstverständlich, daß im Reichshaushalt jede Einnahme als Einnahme verbucht wird und jede Ausgabe als Ausgabe. Aber in der Praxis ist diese Verbuchung nicht immer ohne weiteres selbstverständlich. Deswegen hat die Reichshaushaltsordnung bestimmte Abweichungen vom Bruttoprinzip zugelassen.

Nehmen wir ein einfaches Beispiel. Die Kleiderkammer eines Heeresregiments verkauft aus ihren Beständen an einen Soldaten eine Uniform. Würde man diesen Betrag als eine Reichseinnahme verbuchen, so wäre das eine Selbsttäuschung. Es handelt sich ja nicht um einen „Verdienst“, sondern um den baren Ertrag für die Ausgabe einer Uniform aus dem Bestand. Anders wird die Frage schon, wenn bei der Abgabe der Uniform nicht nur die Selbstkosten, sondern auch ein Gewinn berechnet wird. Wenn diese Einnahme den „Mitteln“ zuzieht — die offizielle Haushaltsformel lautet in diesem Falle: „Einnahmen fließen den Mitteln zu“ —, dann vergrößert sich der bewilligte Etatstittel um den Gewinnbetrag bei dem Verkauf einer Uniform. Noch weitergehend sind aber diejenigen Einnahmen, die entstehen, wenn bestimmte Etatstittel den zuständigen Stellen zur Selbstbewirtschaftung überwiesen werden. Dann wird mit den so bewilligten Mitteln nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Verwaltung gewissermaßen geschäftlich verfahren. Ueber diese Einnahmen, die nicht nur einfach den Mitteln zuziehen, sondern in Selbstbewirtschaftungsfonds verschwinden, weiß heute die Öffentlichkeit so gut wie nichts, und auch der Reichstag ist im wesentlichen unorientiert. Seinen besonderen Grund hat das darin, daß die Selbstbewirtschaftungsmittel vom Rechnungshof nicht so gründlich geprüft werden, wie es bei den anderen Titeln geschieht.

Gegen die Ueberweisung von Mitteln zur Selbstbewirtschaftung an bestimmte Dienststellen ist nichts einzuwenden, wenn die Sicherheit besteht, daß daraufhin diese Mittel wirtschaftlich und sparsam verwaltet werden. Wenn aber die Selbstbewirtschaftung dazu führt, daß nicht nur die an sich berechtigten Rückeinnahmen, sondern auch alle anderen Einnahmen aus der Selbstbewirtschaftung einfach in den Bewirtschaftungsmittel fließen, so bedeutet das eine Verfestigung jener Dienststellen gegenüber dem Reichshaushalt und dem Parlament. Hier muß noch gründlich für Klarheit gesorgt werden. Die echten Einnahmen gehören nach dem Bruttoprinzip unter allen Umständen auf die Einnahmeseite des Reichshaushalts, sie dürfen nicht über die Ausgabebewilligung hinaus eine parlamentarisch nicht beabsichtigte Zuschußausgabe darstellen.

Zum Beispiel der Wehretat.

Nachfolgend geben wir für den Wehretat 1929 die Rückeinnahmen, die den „Mitteln“ zuziehen. Dabei ist zu beachten, daß es sich um voraus geschätzte Rückeinnahmen handelt. Es ist anzunehmen, daß die Rückeinnahmen, die ohne Bewilligung des Reichstages dem Wehretat zuziehen, in Wirklichkeit höher sein werden, als sie vom Reichsministerium veranschlagt worden sind.

Veranschlagte Rückeinnahmen im Wehretat 1929.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Einnahme Mark
Marine		
2/32	Gefechts- und Geländeschießübungen	2 100
3/13	Heeresbücherei	5 000
3/36	Zivilberuflicher Unterricht	20 000
3/37	Turn- und Sportgerät	100
5/16	Dienstgrundstücke	1 198 040
5/31	Rundbrotspflege ohne Brot	4 303 208
5/32	Brotbrotspflege	4 353 090
5/33	Butter	118 900
6/15a	Radschlämme und Werkzeug	400
6/23	Anfertigung von Bekleidungsstücken	1 500
6/31	Verbrauch an Stoffen	10 000
6/32	Verbrauch an Schuhzeug und Bekleidungsstücken	5 000
6/34	Sportbekleidung	1 000
6/38	Sonderbekleidung des Kraftfahrpersonals	3 200
7/12	Geräte in den Diensträumen	20 000
7/15	Gebäudeunterhaltung usw.	798 420
7/16	Dienstgrundstücke	1 027 040
12/12	Lazarettgeräte	12 000
12/16	Dienstgrundstücke	2 000
12/35	Lazarettwirtschafts- und Krankenpflegetkosten	1 398 070
12/36	Arzneien usw.	1 500
13/34	Hufbeschlag und Tierarzneigelder	67 000
14/31	Remontekämmer	968 000
15/31	Waffenunterhaltung	22 200
15/32	Beschaffung und Unterhaltung von Munition	55 000
15/33	Waffengerät	14 000
15/34	Fahrräderunterhaltung	500
15/35	Gaschuhgerät	650
16/31	Heergerät, Instandhaltung, Lagerung, Ertrag usw.	8 800 000
16/32	Verwaltungskosten	12 000
17/31	Pioniergerät	9 000
17/32	Unterhaltung des Waffengeräts der Pioniere	1 200
18/34	Kraftfahrgerät	208 350
18/35	Erfahrungsfahrt für Kraftfahrzeugschäden	3 500
19/32	Brieftauben usw.	1 500
19/35	Rachrichtengerät	14 000
20/35	Unfallversicherung	600
Zusammen		23 458 968
Heer		
2/31	Uebungsgelder an Land	600
2/32	Gefechts- und Geländeschießübungen	50
3/13	Büchereien	800
3/33	Zivilberuflicher Unterricht	100
7/12	Geräte in den Diensträumen	23 700
7/16	Dienstgrundstücke	243 000
12/16	Dienstgrundstücke	2 470
12/35	Lazarettwirtschafts- usw. -kosten	42 700
12/36	Arzneien	400
12/35	Lazarettwirtschafts- usw. -kosten	42 700
13/39	Sonderbekleidung Kraftfahrpersonals	500
13/40	Kraftfahrgerät	20 000
13/41	Schadenersatz Marinekraftfahrzeuge	200
16/31	Berjt. und Arsenalbetrieb	353 550
17/31	Depotinspektionen	4 000
17/32a	Heergerät	200
17/35	Munitionsbestände	5 000
20/33	Rüstnachrichtendienst	300
21/37	Berjttrentenhaus Wilhelmshaven	6 000
Zusammen		707 290

Sicher sind in diesen Rückeinnahmen auch solche Beträge enthalten, die berechtigterweise den bewilligten Mitteln zuziehen müssen. Aber wir brauchen die Klarheit des Haushalts. Die Aufgabe der nächstjährigen Haushaltsberatungen wird es sein, genau durchzuprüfen, wieweit von den obigen 24 Millionen echte Einnahmen sind, die auf die Einnahmeseite des Reichshaushalts gehören.

Es geht nicht an, zuzulassen, daß womöglich der Wehretat um Hunderte von Millionen höhere Ausgaben zu leisten vermag, als ihm durch den Reichstag bewilligt sind.

Kurt Heinig.

Englischer Schutzollabbau?

Daß die englische Arbeiterregierung das Schutzollprogramm und den Aufbau der Schutzzölle der verflochten konservativen Regierung nicht weiterführen will, ist bekannt. Fraglich ist das Ausmaß des Abbaues der Schutzzölle, wie es sich aus der von der Arbeiterregierung verfolgten organischen Wirtschaftspolitik ergeben würde. Ein Londoner Blatt, das „Sunday Journal“ glaubt Einzelheiten geben zu können. Danach soll der Zoll auf Seide und Kunstseide beibehalten werden. Ziemlich gemäß sei, daß die Zölle auf Automobile, Emaillewaren, Küchengeräte, Handschuhe, Messerschmiedewaren, Musikinstrumente, Wand- und Taschenuhren aufgehoben werden. Allerdings würde den beteiligten Industrien eine angemessene Zeit gegeben werden, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Möglicherweise handelt es sich hier um Vermutungen und um Versuchsbalkons, die neue englische Regierung über ihre Absichten zum Reden zu bringen. Interessant ist die Erwartung, daß es sich bei der möglichen Senkung der englischen Zollmauer um einen allmählichen Abbau mit der Wirkung begreifbarer Anpassungs- und Erziehungszölle handelt.

Selbstfinanzierung bei Silberberg.

Was hat Rheinische Braunkohle wirklich verdient?

In den Bilanzen der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Britzfabrikation des Herrn Paul Silberberg leuchtet mit Beharrlichkeit immer derselbe Reingewinn von circa 7,5 Millionen Mark wieder, aus dem stets 10 Proz. Dividende verteilt werden, obwohl der Umsatz steigt und steigt. Das beste Zeichen dafür, daß die Bilanz „frisiert“ wurde. Was hat aber dieser Hauptbeteiligte am Rheinischen Braunkohlen-Syndikat (von der Gesamtquote besitzt er ein Drittel) nun wirklich verdient, in diesem Kalenderjahr, das der Braunkohlenindustrie einen Rekordabsatz brachte? Das naheliegendste, sozusagen harmloseste Mittel der Gewinnverschleierung besteht in Erhöhung der Abschreibungen. Das kann man um so leichter tun, als nach den Jahren der Rationalisierung, der technischen Umstellung im Bergbau es sehr einleuchtend klingt, daß man zwecks dauernder Anpassung an technische Fortschritte heute in viel kürzerer Frist abschreiben müsse als früher. Davon hat man denn auch gründlich Gebrauch gemacht: als 1925/26 3,8 Millionen Mark abgeschrieben wurden, wurden die Aktionäre rebellisch, jetzt werden 6 Millionen Mark abgeschrieben!

Das andere Mittel der Gewinnverschleierung, für die Deffizientheit viel schwerer erkennbar, deshalb den Unternehmern um so sympathischer, ist die von Herrn Silberberg propagierte „Selbstfinanzierung“. Vor dem Kriege, zuzeiten „gesunder“ Wirtschaftsverhältnisse, baute man die Betriebe mit Geldern aus Anleihen oder Kapitalserhöhungen aus; die Gewinne wurden in hohen Dividenden ausgeschüttet. Heute hat man sich von der lästigen Gewinnkontrolle durch die Deffizientheit, von der Abhängigkeit vom Kapitalmarkt befreit. Betriebserweiterungen, Neubauten usw. werden aus laufenden Einnahmen bezahlt, und die Gewinne dadurch in den Betrieb gesteckt und einfach nicht ausgewiesen. Herrn Silberbergs Praxis ist ebenso beispielhaft, wie seine Theorie bei den Unternehmern Schule macht. Bei Prüfung der letzten Bilanz der Rheinischen Braunkohlen-A.G. findet man folgende Selbstfinanzierungs-Beträge:

Zugänge bei Anlagen, Maschinen usw.	3 371 723,—	Mark
Zugänge bei Tochtergesellschaften	1 914 960,—	Mark
	5 286 683,—	Mark

Das ist aber noch nicht alles. Neben den Konten für Reservefonds und für Abschreibungen hat man noch ein Konto „Verschiedene Rückstellungen“ gebildet, das außerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung um 1,72 Millionen gegenüber dem Vorjahr erhöht wurde. Und schließlich erscheinen die Forderungen an Banken um 1,49 Millionen höher; auch dieser Betrag dürfte aus Betriebsüberschüssen stammen.

Das alles ergibt zusammen die Summe von rund 8,50 Millionen. Läßt man die recht hohen Abschreibungen außer Anschlag, so kommt man zu einem tatsächlichen Reingewinn von über 15,5 Millionen gegen über dem ausgewiesenen von 7,5 Millionen. Darans hätte man auf das Aktienkapital von 67,2 Millionen Mark nicht weniger als 23 Proz. Dividende zahlen können. Aber selbst bei solchen Gewinnen sind Lohnabhängigen nur mit Hilfe des Schlichters durchzubrüden!

Verluste bei Dürkopp.

Der Dürkopp-Konzern in Bielefeld legt für das Jahr 1928 einen Abschluß vor, dem man zumindest nicht abprechen kann, daß er wirkliche Verluste ausweist. Ob die Verluste die angegebene Höhe erreichen, läßt sich bei der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung geübten Zurückhaltung sehr schwer entscheiden. Die Situation bei Dürkopp wird aber durch zwei Merkmale bedenklicher Art gekennzeichnet: der Konzern mußte das Berliner Wert verkaufen und entfernte sich so von dem wichtigen Berliner Markt. Andererseits haben sich die Bankschulden von 2,83 Millionen auf 5,25 Millionen Mark binnen Jahresfrist erhöht.

Der Geschäftsbericht verweist auf alle möglichen Faktoren, die die Entwicklung ungünstig beeinflussen, u. a. auch die Frostperiode, die Metallarbeiterausperrung in Rheinland und Westfalen im vorigen Herbst und auf die Lohnabhängigen, die trotz gestiegenen Exports nicht ausgeglichen werden konnten. Unseres Erachtens wird übersehen, daß die Krise in der Fahrrad- und Nähmaschinenindustrie, für die ja der Dürkopp-Konzern in Frage kommt, zu wenig von der wirtschaftstechnischen und fast gar nicht von der Seite der Marktkraft betrachtet wird. Die beiden genannten Wirtschaftszweige ersticken nicht nur an ihrer Kapazität, sondern auch an ihren Lagern, an der Bleichheit der Typen, der Uneinheitlichkeit der ganzen Fabrikation. Hier stecken die Wurzeln der ungünstigen Entwicklung, und wenn man so weiterverfährt wie bisher, werden wir erleben, daß selbst ein alter und im großen und ganzen noch gut fundierter Konzern wie Dürkopp die Waffen strecken muß und auf der Strecke bleiben wird.

Neue 10-Millionen-Kapitalerhöhung der Preag. Das Preussische Handelsministerium hat den Antrag eingebracht, das Aktienkapital der Preussischen Elektrizitäts A.G. von 100 auf 110 Millionen Mark zum Zwecke weiterer Angleicherungen von Stromverteilungsunternehmen kommunaler Verbände im Arbeitsbereich der Preag zu genehmigen. Die Preag hat erst im Frühjahr ihr Aktienkapital von 80 auf 100 Millionen Mark erhöht.

Die Fernseh-A.G. eingetragen. Die neue Fernseh-A.G. Berlin, die mit 100 000 Mark Kapital zunächst als Studiengesellschaft gegründet wurde und Schupprecht aller Art für die Herstellung und den Vertrieb von Fernsehgeräten erwerben soll, wurde im Handelsregister eingetragen. Daraus ergibt sich, daß aus Deutschland die Robert Bosch A.G., die Zeiss-Ikon A.G. und die Aseco-Radio G. m. b. H. beteiligt sind und von englischer Seite der Baird-Televison-Konzern.

Gute Montankonjunktur.

Stahlverein meldet für April bis Juni größere Produktion und Umsätze.

Die vierteljährlichen Veröffentlichungen der Vereinigten Stahlwerke A.-G. sind für die deutsche Montankonjunktur repräsentativ und typisch. Der letzte Bericht über das zweite Quartal 1929 läßt sowohl eine erhebliche Steigerung der Produktion, als auch eine noch größere Steigerung der Umsätze erkennen. Die deutsche Montankonjunktur, als die Konjunktur einer Schlüsselindustrie besonders wichtig, zeigt nach dem Bericht des Ruhrmontanrats weiter nach oben. Auch die Arbeiterchaft wird das beachten.

Gegenüber dem ersten Vierteljahr d. J. ist die Kohlenförderung von 6,84 auf 6,96, die Kokszeugung von 2,43 auf 2,61, die Roheisenerzeugung von 1,66 auf 1,72 und die Rohstahlerzeugung von 1,82 auf 1,88 Millionen Tonnen gestiegen.

Diese Produktionssteigerung hat eine ganz besondere Bedeutung deshalb, weil man schon die ersten Quartalsziffern als überhöht und anormal betrachtet hat wegen des Produktionsausfalles, den der Ruhrarbeitskampf im letzten Quartal 1928 gebracht hat, und dessen Nachholung die ersten Quartalsziffern anormal hoch erschienen ließen. Die Steigerung im zweiten Quartal wird so um so beachtlicher.

Es ergibt sich auch für die neun Monate von Oktober bis Juni 1929 eine Steigerung im Vergleich mit der gleichen Zeit der Vorjahre, wenn man die ausgefallene Produktion des Ruhrkampfmonats, die größtenteils ja doch von anderen Produzenten gedeckt wurde, einrechnet. Unter dieser Bedingung ist die Kohlenförderung von 19,85 auf 20,43, die Kokszeugung von 6,93 auf 7,40, die Rohstahlerzeugung von 5,29 auf 5,32 Millionen Tonnen in den verglichenen Dreiwerteljahre gestiegen, und nur bei Roheisen ergibt sich eine kleine Senkung von 4,97 auf 4,95 Millionen Tonnen. Das ist eine glanzvolle Bilanz, wenn man bedenkt, daß 1927/28 die Konjunktur gut genannt wurde, 1928/29 dagegen schlecht. Auch unser Konjunkturinstitut sollte darzus lagen.

Die Gesamtbeschäftigung der Vereinigten Stahlwerke hatte sich am 30. Juni gegenüber dem 31. März 1929 von 187 158 auf 191 508 Arbeiter und Angestellte erhöht. Einer zwei- bis

sechsprozentigen Vermehrung der Produktion entspricht eine nicht viel mehr als zweiprozentige Vermehrung der Belegschaft. Der Leistungseffekt der Belegschaft scheint also weiter verbessert.

Die Besserung in den Vereinigten Stahlwerken war aber nicht nur eine mengenmäßige, sondern auch eine preismäßige.

Der sogenannte Umsatz mit Fremden — nämlich ohne den Umsatz zwischen den eigenen Abteilungen und mit den Belegschaftsmitgliedern — hat sich vom ersten zum zweiten Quartal 1929 von 352,11 auf 407,55 Millionen erhöht. Einer zwei- bis sechsprozentigen Produktionssteigerung steht also eine etwa fünfzehnpromzentige Umsatzsteigerung gegenüber, die zugleich, da auch der Leistungseffekt erhöht worden ist, mit einer relativen Senkung der Produktionskosten verbunden war. Auf die Inlandsabnehmer kam dabei eine Steigerung von 222,13 auf 248,27 Millionen, auf die Abnehmer im Ausland eine solche von 129,98 auf 159,29 Millionen.

Freilich erscheint der Gesamtumsatz für die neun Monate vom Oktober bis Juni, verglichen mit der entsprechenden früheren Periode mit 1034,67 gegen 1063,39 Millionen etwas geringer. Doch darf hierbei der Ausfall des Ruhrkampfmonats vielleicht mit rund 100 Millionen angelegt werden, so daß sich auch hier statt einer Senkung eine Steigerung ergäbe. Daß die inländische Eisenkonjunktur in den verglichenen Zeitabschnitten schlechter wurde, zeigt sich aus dem Rückgang des Umsatzes mit inländischen Abnehmern von 722,19 auf 651,09 Millionen, und daß in der Tat die deutsche Konjunktur auch in den neun Monaten seit Oktober in erster Linie vom Ausland profitiert hat, zeigt die gleichzeitige Steigerung des Umsatzes mit Auslandsabnehmern von 341,20 auf 383,58 Millionen Mark.

Von den Auftragsbeständen der Hüttenwerke und Verfeinerungsbetriebe an Eisen- und Stahlerzeugnissen zum 30. Juni folgt, daß sie etwa 100 Proz. des entsprechenden Auftragsbestandes im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1927/28 ausmachen. Auch das ist eine gute Relation, denn 1927/28 galt als das Jahr einer recht guten Konjunktur.

Bruno Schönlink: Ein kleiner Badeort

Das Geheimnis.

Es gibt Kurorte, die einem erst nach ein paar Eidschwüren und Handschlägen, sie ja niemand weiter zu verraten, ins Ohr geflüstert werden.

Da hört man wahre Wunderdinge von Landschaft und Bergpflegung. „Eine Landschaft sage ich Ihnen!“ Der Erzähler verdrückt entzückt die Augen. „Eine Landschaft! Herrlicher Wald ganz nahe am Hause. Wiesen und Meer. Einfach unsagbar schön!“

Der Erzähler macht eine Kunstpause und fängt an mit der Zunge zu schnalzen.

„Und eine Verpflegung.“ fährt er fort. „eine Verpflegung!“ Und je nach seiner Phantasie und sprachlichem Reichtum läßt er die Roteletts und Filets groß wie Riesensteller oder Abtrittdeckel sein.

„Der Frühstückstisch biegt sich unter der Fülle von Schinken, Eiern, Milch, Brötchen und Honig. Vom Abendtisch ganz zu schweigen!“

Wieder eine Kunstpause. Und dann stößt er in die Luft. „Die Preise erst! Einfach lächerlich. Vier Mark und eine halbe täglich für die ganze Pension. Kurtag ist noch ein Fremdwort dort.“

Allmählich fängt man selbst auch an, mit der Zunge zu schnalzen und die Augen zu verdrehen und fühlt sich glücklich in dem Besitz des großen Geheimnisses. Um so mehr, als dort eine Ruhe herrschen soll, überhaupt märchenhaft.

Mit Mühe und Not findet man den Ort auf der Landkarte und fährt nach dem empfohlenen Haus los.

Der Badeort.

Wirklich noch unverfälschte Natur ohne Großstadteise. Pferde, Kühe und Schafe auf den Weiden. Bogende Felder. Sich drehende Windmühlensügel. Zu beiden Seiten der schmalen Landzunge Buchten der Ostsee. Nur der Wald ist dreiviertel Stunden entfernt. Wo der Erzähler den Wald nur gleich am Hause gesehen haben mag?!

Sogar die älteren Urinwohner der Landzunge laufen noch in der alten Tracht herum. Unter Lindenbäumen sitzen die alten Fischer mit ihren weißen Schüsselbügeln, von denen eine einzige Stoff für acht Strandhosen abgeben würde.

Das Tempo ist nicht aufregend. Man genießt die Natur, ist vollkommen, denn schließlich gehört man zu den ersten Schwablen der Vorjahren. Wie herrlich ist es, keine Zeitungen zu lesen! Immerhin guckt man sich am ersten Tag beinahe die Guckauglein aus nach Schinken und Eiern zum Frühstück. Immerhin, es gibt wenigstens Butterbrötchen mit Honig oder Marmelade, und das ist auch nicht übel. Die Rotelettsphantasien schrumpfen auf Handtellergöße zusammen.

Doch das Mittagessen ist reichlich genug, denn Amerika wollen wir außer den vielen Schulden wenigstens auch die Kartoffeln. Das Abendessen entspricht beinahe den Phantasien.

Nach der ersten Woche bekommt man wieder eine Berliner Zeitung in die Hand und liest in neu erwachtem Buchstabenhunger Seite für Seite.

Da steht man auf einmal unter den anzeigenden Kurorten (und glaubt seiner Augen nicht zu trauen) den so geheimen Badeort in dicken Buchstaben angezeigt. Man wippt sich mit der Hand über die Augen. Es stimmt. Da steht Altredewitz und ich bin kein Eidschwörer, wenn ich den Namen nicht mir flüstere, sondern brülle, denn das „man“ bin ich.

Andere Ufer.

Vor dem Hause liegt gleich der Badestrand. Die Ruhe ist anfangs bezaubernd, und gleich im Badeanzug zum Strand zu gehen, schon beinahe paradiesisch.

Die neuerwachten Energien drängen nach Betätigung. Die Platte des Hauses, ein Ruderboot, steht mir fast allein zur Verfügung. Auf der anderen Seite lockt Bager. Das Wasser ist ruhig und spiegelglatt und zwei Frauen vertrauen sich mir kühnem Seebelben an.

Elbrig glänzt der Sonnenschein auf dem Wasser. Von den Rudern fallen glänzende Wassertröpfchen in die klare Flut und bilden kleine Kreise.

Die Stimmung steigt mit der glücklichen Landung. Bager ist noch unberührt als Altredewitz. Weiße Schüsselbügeln blühen sich auf den Wäschelainen. In den Vorgärten der schiffgedeckten Häuser blüht der letzte Flieder. Hinter den kleinen Fenstern blühen alte liebe Dorfblumen, vor allem Frauenschuhe. „Damenstühle“ nennt sie eine alte Fischerfrau, der wir unsere Bewunderung aussprechen.

Im dichten Buschwald blühen Hunderttausende von Maiglöckchen. Wir erklimmen den über 6000 Zentimeter hohen Balenberg und haben einen herrlichen Rundblick auf Ostsee, Buchten, kleine Inseln und verschwimmendes Festland.

Die entzückten Ausrufe der beiden Frauen buche ich als Entdecker und Seefahrer auf mein Konto, denn schließlich — ohne mich.

Diese Ueberhebung mochte der Allmacht nicht gefallen haben, denn auf der Rückfahrt erhob sich ein großer Sturm. Der kannte See schäumte auf und ließ den Rohn wie eine Ruchhale auf und nieder tanzen. Ich hätte diese Wirkung der Naturgewalten lieber vom sicheren Ufer aus wahrgenommen, noch lieber aber hätten dies die beiden Frauen, denen die folgende Nacht hindurch Bett und Schrank einen tollen Rundtanz aufführten.

Mutti! Muuttiiii!

Der Badestrand vor dem Hause zeigt allmählich seine Lücken, denn der Kinderlegen wächst mit der nahenden Saison für das kleine Haus allzu reichlich. Kinder sollen ein Geschenk des Himmels sein, ich habe nichts dagegen. Sie erfreuen uns durch ihre anmutigen Bewegungen, sie erquicken uns durch ihre drohenden Einfälle und töten uns durch ihr Geschrei. Mit einem Jungen, einem begabten Mutti-freier, fing es an. Dann wurden es ihrer sieben. Und da ein Kind in den Ferien für sieben schreit, waren es neun- undvierzig.

Es ist leichter, für Kinder Märchen und Gedichte zu schreiben, als einen geschlagene Log hindurch Mutti-freier und Quäffen zu hören. Die liebe ruhige Villa ward zum Quäffkasten.

Ich bin ein Kinderfreund, aber dieses Mutti-freien kann rasend machen. Bieleicht hat der böse Herodes die Geburt Jesu nur als Vorwand genommen, um einmal Ruhe zu haben. Mein einziger Trost blieb bei schlechtem Wetter mein Freund August, das roge

Schwein des Hauses, das mich alle Morgen glücklich begrunzte und bequielte, wenn ich ihm ein Marmeladenbrötchen brachte. Vielleicht bin ich ein völlig verrohter Mensch, aber ich muß gestehen, daß mir dieses Begrünze ein Labfal war nach dem Mutti-freien.

Hobe Dank dafür, lieber August. Auch dein Ausbruchversuch, den du mir dummen Stüdter anhin molleste, sei dir vergiechen. Du konntest ja nicht wissen, daß ich mal ein wenig Landwirt lernte und dich so bei deinem Ringelschwanzchen noch gerade vor deinem Sturz in den Abgrund zu lassen verstand. Es tat weh, aber noch mehr tut ein gedrohenes Beinchen.

Abschied!

Herrlich ist das Kindergeschrei, wenn man am nächsten Tage abfährt. Ständig die Kunde, daß noch ein halbes Duzend Kinder nachkommen sollen. Ach, man ist so persönlich und schadenfroh.

Leb wohl, du liebe Kinderfah! Leb wohl, ihr Buchenwälder. Leb wohl, du hün höst und du hotel mit deinen Reunions und

Heinrich Remmer: Im Vagabundenzug

Wie man für billiges Geld nach dem kanadischen Westen kommt (die Ueberlandreise ist nicht wohlfeiler als die Amerikafahrt), jagte mir der Wirt von der unsichtbaren Bar in Montreal.

Jeden Herbst, zur Zeit, wenn in den Weizenstricken des Westens die Ernte eingeholt werden muß, geht ein Arbeiterzug nach der Prarie; mit dem sollte ich fahren und mit dem fuhr ich auch. Der Zug war billig und direkt — man kann nicht anders sagen. Wir fuhren Tag und Nacht, große Drischasten, ja sogar die Hauptstädte ignorierend, und hielten nur selten einmal an einer einsamen Bump oder einem versteckten Kohlenlager. Erst am zweiten Tage wurde in einem kleinen Rest gestoppt, welches, indessen die Lokomotive sich restaurierte, meine Reisefahrten alsbald überfluteten, um ihre Borräte (Kaugummi, Tabak und Schnaps) zu ergänzen. Was sahen wir? Die Rolläden waren herabgelassen und die Türen verschlossen. Die Bewohner hatten Angst getriegt vor den Passagieren des Extrazuges. Die Reisenden waren nicht so sehr das, was man sich unter Landarbeiter vorstellt, als vielmehr jenes andere, das auf der Landstraße angehalten und nach dem Post gefragt wird. Ein lustiges Gesindel. Gesehen wurde wenig im Zug und wenn, so ging nach Rindspitze jedem Substantivum ein Fluchwort voran, um ihm Kraft und Nachdruck zu verleihen. Der Hauptzeitvertreib war Tabak- und Gummisaufen, und die größte Befriedigung gewährt offenbar das beherrschte hervorgegriffene häufige Auspucken, das nichts mit dem gewöhnlichen Auspucken zu tun hat, sondern ein virtuos ausgeübtes, trefflicheres, Kollidationsanstrebendes Kunstspucken ist. Ein engelegener Punkt des Abteils, oder des Perons, wenn wir hielten, wurde als Ziel visiert und sogleich von einem formidablen und unfehlbaren Schrapnell getroffen, so daß man wie in einem Kreuzfeuer auf- und abging, wollte man einmal die Beine strecken.

Nach drei Tagen vier Rächeln langten wir in Roosevelt an, in der Prarie. Dort wurden nicht die Bäden geschlossen; freundliche Blicke grüßten die Vagabunden wie die Soldaten eines siegreichen Heeres: die Weizenarmee. Und wie die Tage verstrichen, sah ich manch einen wieder: über den Zaun mit der Farmerstochter schäkern oder mit dem Zahnstocher im Mund großartig vor einem Restaurant stehen oder mit den Stiefelsohlen gegen die Frontfenster eines Hotels prozig im Streckstuhl sitzen und nach der gähnenden Hauptstraße hinausstarren, wo ab und zu ein berittener Baufisch den Staub aufwirbelte!

Heute aber, wenn ich, der Gentleman-Mitreisende im Vagabundenzug, die Heimstätten dieser Leute abgehen würde, so träfe mich wohl überall derselbe Blick, der da sagt: Hallo, mein Freundchen, ich glaube, der wirkliche Vagabund im Zuge, das warst wohl du!

Was aber die Bar in Montreal betrifft, die ist unsichtbar nur, wenn zur Unzeit ein Postjagt eintritt: da verschwinden Gläser und Flaschen und all die ostholischen Herrlichkeiten, wie die Wertpapiere eines Schreibstuhles, über den man die Rolläden herunterzieht. Sie ist dicht beim großen Platz, wo man viele Gestalten in den Keller huschen sieht, die nicht wiederkommen.

Dorothea Ziegel: 1000 Wochen Broadway

Innerhalb der letzten hundert Jahre wurde aus einem selten betretenen Kinderpfad die größte Straße der Welt. Ihre interessanteste Entwicklungsstufe aber liegt wohl innerhalb der letzten zwanzig Jahre, zwischen Hochrad und Transatlantikflug.

Im Jahre 1908 bildete sich aus einem Kreise der größten New-Yorker Kaufleute, Repräsentanten, Unternehmer und Finanziers eine Gesellschaft, die das Geschäftsleben am Broadway steigern wollte. Diese Herren fanden damals an einem schönen Aprilmorgen am Fenster eines kleinen Hotelzimmers und sahen in eine Straße hinunter, die noch nichts von Wolkenkratzern wußte. Doch hatten alle, die diese erwachende Herzammer der Welt sahen, eine Vision aus ihrer Jugend, da Grund und Boden hier noch Spiel- und Sportplätze der obersten Bierhundert gemeßen. Deshalb sollte hier nicht der Putschschlag der Welt klopfen, wenn man erst Handel und Industrie von einer gefahrerheißenden Dezentralisation zu retten vermöchte?

Im Jahre 1824 wollte ein Grundeigentümer seinen Boden loswerden. Einem Kaufmann bot er ihn für 3000 Fünf-Cent-Zigarren an. Der akzeptierte aber nicht, da er „keine Zigarren auch überall gegen Kassa verkaufen könne...“ Der Grund kostete jetzt schon 10 Millionen Dollar. 1927 brachte ein 40 Fuß breites Gebäude eine Jahresrente von 187 500 Dollar. Ein Leerraum am Broadway kostete täglich 137 Dollar Miete. Die Broadway-Gesellschaft projektierte allein in den letzten fünf Jahren je 80 Millionen Dollar für Bauten und besitzt ein Siebentel des Gesamtbesitzes von New York. In den günstigsten Plätzen valutiert bei ihnen ein Quadratfuß mit 370 Dollar.

In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts wuchs eine junge Industrie expansiv empor. Konfektionshäuser und als Trabanten Schwamengelächte für die Arbeiter verdrängten die wirklichen Bewohner der 5. Avenue. Die Gebäude wurden durch Reklame entzweit, die Nacht- und Sonntagarbeit der Maschinen machte das

Längen der Schüsselbügler, zum Eintritt von 50 Pfennigen. Also auch die Tracht ist ein wenig Fremdenindustrie!

Leb wohl, du Kaufstaden, in dem man fast alles haben konnte, mit deinen Schnaps- und Dessertfächern! Wie zuckte es in mir, die Spunde herauszuziehen, um die Wirkung zu erproben. Es sah hier ähnlich aus wie der Kaufstaden in Reuters „Ut mine Stromtid“, wo der angeheiterte Ladendiener die Stüpfel aus den Del- und Eßigfächern herauszog und der verzweifelte Kaufmann kurz, kürrigchen, so ominöse Berse anhören mußte, denn die beiden Damen mußten dem Ohnmächtigen als Spunde dienen.

Lebt wohl, ihr Klatschfächeln, die ihr die Echtheit der Ehen beschmuppert. Lebt wohl, ihr netten Menschen!

Lebt wohl, ihr Stürche, Rohrdommeln und anderes Geier! Leb wohl, kleiner Badeort Boabe, mit deinen mutigen schwarz-rosgoldenen Fahnen!

Leb wohl, Altredewitz! Es war alles in allem doch wunderschön. Und ich werde nicht veräumen, das Geheimnis deiner Existenz nach berühmten Vorbildern wieder anderen in die Ohren zu flüstern. Bieleicht hast du bis dahin schon Kurtag, denn die sieben angekommenen Strandkörbe rufen dich verächtlich in die Nähe eines Weißbades.

Doch danor möge dich der Himmel behüten!

Wohnen in dem Distrikt zu einer Bein, und erst eine furchtbare Feuerkatastrophe setzte dem Treiben ein Ende.

Von da an begann man, die viel zu schmale Straße zu erweitern. Die Hansa-Cabs und andere Wagen konnten nur mühselig Schritt um Schritt vorwärts kommen. Mit Einwilligung der Stadt fielen Reihen von „Kunststollen“ Fronten aus den Gründerjahren. Die 5. Avenue war jetzt 55 Fuß breit und diente nun in farblichen, neuem Gewande einem bereits geregelten Verkehr. Unbemüht hatte man hier die erste und zweckmäßigste Autostraße geschaffen.

Eine Bewegung unter dem Motto: „Kettel New York“ dümmte den großen Strom ein, der den Broadway zu überfluten drohte. Man teilte die Stadt in Zonen ein, in Viertel, deren Rote vorgezeichnet war, und dieses System haben später 533 Städte und Dörfer in den Staaten nachgeahmt. New York hatte eine City.

Eine besondere Broadway-Polizei, die sich aus einer Privatwachgesellschaft bildete, ist Tag und Nacht auf dem Posten. Denn da gibt es Bettler, Hausierer, Wagenhändler, Vagabunden und Antreiber aus der dunklen Bowers. Es gibt keinen Umbau, keine Renovation, die nicht der Kontrolle dieser Beamten unterliegt. Anbrucharbeiten werden mit derselben Sorgfalt registriert wie etwa offene Auspuffklappen, schmutzige Fenster in der Front, unhygienische Anlagen oder störender Lärm.

Die 5. Avenue gestattet keine Leuchtrafame! Mögen sonst am Broadway die leuchtenden, brandenden, bunten Lichter den Nachthimmel anspringen, in der 5. Avenue bedient man sich einer bescheidenen Reklame. Trotzdem hat man auch hier Kuhenteiler gehabt, die ihre Fenster mit lebendigen Reklamskulpturen ausstatten. Aber das ungeschriebene Gesetz des Distrikts hat ihnen bald das Bleiben verweigert.

So hat diese Straße ihr ehernes Gesicht, das man in der ganzen Welt kennt. Eine Stadt, die ihre Kirchen und Paläste der Sphäre opfert, um aus Betonflächen und Asphaltkanten ein Gebilde zu schaffen, das sich nun organisch aus sich heraus weiter zu entwickeln vermag, eine solche Stadt wird der allen Welt noch manches Wunder offenbaren.

Riesen und Zwerge unter den Insekten

Zu den größten Formen im Insektenreich gehören mehrere Arten der in den Tropen lebenden Seifenfliegen, die eine Körperlänge von mehr als 30 Zentimeter aufweisen. Trotz ihrer langgestreckten Körper sehen diese Tiere aber ziemlich unansehnlich aus, weil Körper und Gliedmaßen sehr dünn sind und genau den laublosen Pflanzenzweigen ähnlich sehen, zwischen denen diese Heuschrecken sich aufzuhalten pflegen. Dagegen wirkt der größte Schmetterling der Erde, die in den amerikanischen Tropen einheimische Riesensepie, viel molliger, da bei einer Flügelspannweite von 30 Zentimeter auch der Körper dieses Falters verhältnismäßig breit und dick ist. Da die Seifenfliegen so groß sind, werden sie von den Indianern, die ihnen eifrig nachstellen, auch nicht im Netz gefangen, sondern fast immer mit dem Blasrohr — geschossen. In Brasilien lebt auch die größte Fliege der Erde (Acanthonera picta), ein Tier, dessen Körper bis 7 Zentimeter lang wird. Die gleichfalls in Südamerika vorkommende Riesensepie Belostoma grande erreicht bei einer Flügelspannung von 18 Zentimeter eine Körperlänge von 10 1/2 Zentimeter und ist so kräftig, daß sie keine Fliege überwindet. Auch bei einer ergötischen Zitate (Pomponia) erreichen die Flügel bis zu 20 Zentimeter Breite. Diesen Insektenriesen stehen „Zwerge“ mit so geringen Körpermaßen gegenüber, daß man sie mit unbewaffnetem Auge überhaupt kaum wahrnimmt, denn die kleinsten Insekten der Welt sind Tierchen, deren Körperlänge nur Bruchteile von Millimetern erreicht. Das aller kleinste Insekt der Erde ist nach den neuesten Feststellungen von Handlich ein Hautflügler aus der Gruppe der Rymarinen mit einem Körperchen, das nur 0,2 bis 0,3 Millimeter lang wird. Dann gibt es noch einen der Familie der Trichopterygiden angehörenden Zwergflüger, dessen Körperlänge etwa 0,25 Millimeter beträgt. Kleinere Insekten hat man bis jetzt nicht gefunden.

Woher stammt die Erdbeere? Die Griechen und die Römer kannten zwar die Erdbeere, bauten sie aber nicht an. Erst die Mauren in Südspanien verhalfen ihr zum Ansehen. In den Gärten in Granada und Cordova gediehen die köstlichen Früchte, die sogar von den Dichtern am Hofe der kunstliebenden Omajaden besungen wurden. Die maurische Erdbeere kam über Frankreich an den Rhein, wo wir sie schon im Jahre 1570 eingebürgert finden. Zugleich schlug sie durch die miselmannischen Länder den Weg nach Osten ein und gelangte so über die Balkan-Halbinsel nach Wien, wo sie 1683 schon angepflanzt war. Inzwischen hatte sie in der aus Kanada stammenden Himbeer-Erdbeere eine Nebenbuhlerin gefunden. Diese, auch virginsche Erdbeere genannt, wurde um die Mitte des 17. Jahrhunderts in England angebaut und kam bald darauf auch auf das Festland. Beide Sorten beherrschten den Markt, bis sie in der 1715 aus Chile nach Europa gebrachten Riesenerdbeere und 1767 in der aus Cayenne stammenden Ananas-Erdbeere wiederum gefährliche Rivalinnen fanden.

Frankreich erhält einen Nationalpark. Ein etwa 100 Quadratkilometer großes Gebiet in der Provence mit Sümpfen, Flußarmen, Altwässern und steinigen Steppen, das als einziges in Europa noch Flamingos aufzumeilen hat, ist zum französischen Nationalpark erklärt worden. Man will dort auch Uize ansiedeln, die im übrigen Frankreich im Aussterben begriffen sind.

